

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-Verwaltung für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kassenprüfer: Karl I. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Donnerstag, den 13. Juli 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die bayrischen Landtagswahlen.

Der Ausfall der Wahlmänner-Wahlen zu den bayrischen Landtagsabgeordneten-Wahlen, die am Montag, den 10. d. M., stattfanden, läßt bereits einige allgemeine Schlüsse auf die Zusammensetzung des zweitgrößten deutschen Landesparlamentes zu. Registrieren wir zunächst die glänzenden Siege unserer Partei in München II und in Nürnberg, sodann die bemerkenswerten Erfolge in München I, Jülich-Erlangen und in Ludwigshafen-Epeyer, sowie schöne Anfänge in Bayreuth, Schweinfurt und Hof. Aber das eigentliche Gepräge werden die Abgeordnetenwahlen am 17. d. Mts. wohl von dem entschiedenen Zurückdrängen des sogenannten Kammerliberalismus erhalten. Sicher ist heute schon, daß die Liberalen in München I, in Regensburg und in Weiden ihre Sitze verloren haben, und in der Pfalz werden sie wohl für immer aus ihrer Monopolstellung verdrängt werden. Das Verhängnis, das über diese Sorte von Liberalismus hereinbricht, ist wahrlich wohlverdient. Eine leitende politische Gesellschaft, immer bereit die spärlichen Rechte des Volks dem Fraktionsinteresse zu opfern, haben diese Liberalen um der schönen Augen der Minister willen den bayrischen Parlamentarismus zum Ainderpott herabgewürdigt und sich als Träger und Stützen der politischen und wirtschaftlichen Reaktion aufgethan. Standhaft waren sie, denen sich die Freisinnigen als gehorsame Schüldner angeschlossen hatten, um immer dann, wenn es galt, Forderungen der Arbeiter abzulehnen. Soweit gingen sie in ihrer blöden Rücksichtslosigkeit, zum Beispiel bei der Beratung der bayrischen Gesinde-Ordnung in der letzten Landtagsession oder bei der Diskussion über die heute noch in Bayern gesetzlich mögliche (obwohl der Gewerbe-Ordnung widersprechende) Bestrafung des „blauen Montags“, daß sogar professionelle Scharfmacherblätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, bisweilen aufzumucken für gut befanden. Es kann dem politischen und parlamentarischen Leben in Bayern nur dienlich sein, daß mit diesem elken Nischmasch endlich einmal aufgeräumt wird.

Nun ist es freilich wahrscheinlich, daß in der neuen Kammer die Ultramontanen die absolute Mehrheit erhalten werden. Niemand wird das bei der Natur des Centrums für einen wünschenswerten Zustand halten. Aber es ist doch deshalb von den beiden Uebeln das kleinere, weil nun die Sachlage bedeutend klarer und übersichtlicher wird. Das bayrische Centrum, ebenso reaktionär und jedem politischen, sozialen Fortschritt spinnfeind, wie das Centrum im Reich, dabei von einer unbeherrschbaren Sehnsucht, sich in allen Kulturfragen jedesmal bis auf die Knochen zu blamieren, wurde im letzten Jahrzehnt durch die wachsende Unzufriedenheit der Bayern zu lebhafterer Thätigkeit aufgeputzt. Mit allen Mitteln hat es gearbeitet, die widerborstigen Rebellen draußen im Lande wieder einzufangen und zu knebeln; das ist ihm auch zum größten Teile gelungen; die Hochflut der Bauernbewegung hat sich gestaut, allerdings zumeist dank der kapitalen Unfähigkeit der Bauernführer, die es verstanden haben, diese interessante und dabei ursprünglich sehr beachtenswerte Bewegung vollkommen herunterzubringen. In diesem wilden Kampfe mit den bäuerlichen Rebellen, durchgeführt zumeist von den Kaplänen in den Dörfern selbst, hat die Doppelzüngigkeit der Centrumspartei ihre Unzerstörbarkeit im Versprechen und Nichthalten wahre Orgien gefeiert; aber ebenso unzuverlässig, oder besser gesagt: direkt feindselig hat sich die Partei in allen Arbeiterfragen gezeigt. Sich regierungsfähig zu machen, das war der einzige Wunsch ihrer Großen und Gerngroßen. Zu einer folgenreicheren Entscheidung wird das Centrum im Landtage sofort mit der Frage der Wahlrechtsreform gedrängt werden.

Bayern „erzweit“ sich eines indirekten Wahlsystems, dessen Schäden durch eine unglückliche Wahlkreis-Einteilung noch vergrößert werden; dazu „mühte“ auch in diesem Jahre noch nach dem Bevölkerungsstand von 1875 gewählt werden. Das bewirkt alles zusammen eine außerordentliche Vergrößerung der Minoritäten. Aber alle Versuche, eine Aenderung herbeizuführen — bekanntlich galt Grillenbergers letzte Rede noch wenige Stunden vor seinem Tode diesem Zwecke — scheiterten an dem engherzigen Widerstande der „großen“ Parteien. Nach 1893 haben die Ultramontanen die sogenannte Verfassungsklausel vorgeführt, wonach kein Verfassungsgesetz unter der Regentschaft geändert werden dürfe, und ihr Vorkämpfer, Dr. Orterer, sprach damals ganz unverblümt aus, er sei deshalb nicht für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, weil dadurch das Übergewicht vom platten Lande (lies Centrum) in die Städte (lies Socialdemokratie) verlegt werden würde. Und doch ist niemand darüber im Zweifel, daß es so nicht weiter geht. Die Wahlbeteiligung betrug 1893 bei den Reichstagswahlen in Bayern 63,9 Proz., bei den Landtagswahlen im gleichen Jahre aber nur 31 Proz.; in 465 Gemeinden erschien überhaupt kein Urwähler an der Urne, in 467 nur je einer. Das Ganze nennt man politisches Leben!

Die Thatsache, daß in jedem Urwähler-Bezirk die absolute Mehrheit entscheidet, also von einer einzigen Stimme die Wahl von 3—7 Wahlmännern abhängen kann; ferner die Thatsache, daß dann wiederum bei der Abgeordnetenwahl die absolute Mehrheit der Wahlmänner entscheidet, macht einmal eine Voraussetzung des Wahlergebnisses einfach unmöglich und

veranlaßt zweitens die Parteien zu einem beispiellosen Schachern und Feilschen. Es besteht begründete Aussicht, daß diesmal 10 oder 11 socialdemokratische Abgeordnete in die Kammer entsendet werden; aber nur fünf Mandate haben wir dabei aus eigener Kraft gewonnen, und zwar die vier von Nürnberg und das des zweiten Münchener Wahlkreises. In München I, Jülich und Ludwigshafen sind unsere Leute auf einen „Auhhandel“ angewiesen. Daß sich dabei die wunderbarsten Konstellationen ergeben, versteht man leicht. Wir wollen auch keineswegs behaupten, daß solche Kompromisse ganz unbedenklich wären; aber es ist doch nicht zu leugnen, daß sie aus dem Zwang der Verhältnisse heraus geboren werden und eine Art Ersatz für eine Proportionalwahl darstellen. Haben wir, wie z. B. in Jülich, bei einer erheblichen Ueberzahl aller abgegebenen Urwählerstimmen die Entscheidung über die zu wählenden Abgeordneten in der Hand, so ist kein vernünftiger Grund einzusehen, warum wir einem Liberalen, einem Freisinnigen oder einem Bauernbündler zu Liebe ein Mandat weggeben sollten. Bietet doch eine starke socialdemokratische Fraktion im Landtage die beste Gewähr dafür, daß mit dem vorantastlichen Wahlrecht zusammen die Notwendigkeit solcher politischen Schacherereien möglichst bald abgethan wird.

Daß München I sich diesmal so wacker gezeigt hat — wir haben dort die übergroße Mehrheit der Wahlmänner gestellt und werden durch Zusammengehen mit dem Centrum vermutlich drei Abgeordnetenitze gewinnen — wird überall dort lebhaftere Freude erregen, wo der Ausfall der letzten Reichstagswahl die Erwartungen getrübt hatte. Aber bedeutungsvoll ist vor allem der Sieg in unserer alten Hochburg Nürnberg: dort ist der faule Nathausfreisinn, der eine letzte verzweifelte Anstrengung gemacht hat, um die bitter gekaufte Socialdemokratie noch einmal zurückzuwerfen, dank der glänzenden Organisation und der trefflichen Stimmung unter unseren Leuten vollkommen vernichtet. Nur 91 von 257 Wahlmännern vermochten die Gegner trotz allen Chikanen und wahlgeometrischen Künsten aufzubringen. In der Pfalz liegen die Verhältnisse sehr eigenartig und es wird des ganzen Tactes unserer dortigen Parteigenossen bedürfen, um dauernde Erfolge zu erzielen.

Um Vergleiche der jetzigen Wahlergebnisse mit früheren zu ermöglichen, seien hier noch einige statistische Daten mitgeteilt: An der Wahl 1893 hatten sich im ganzen 299 574 Urwähler beteiligt = 31,2 Proz. der Wahlberechtigten. Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen war: Für das Centrum 4726 Wahlmänner gegen 5428 im Jahre 1887 = 47 Proz. der Wahlmänner gegen 54 Proz. im Jahre 1887. Für den liberalen Nischmasch 3625 gegen 4042 = 36 Proz. gegen 40,3 Proz. Für den Bauernbund 833 = 8,3 Proz., die Konservativen 198 Wahlmänner gegen 213 = 2,0 Proz. gegen 2,1 Proz. Volkspartei 210 Wahlmänner gegen 148 = 2,1 Proz. gegen 1,5 Proz. Socialdemokraten 376 Wahlmänner gegen 214 im Jahre 1887 gleich 3,7 Proz. gegen 2,1 Proz. Nach den Abgeordnetenwahlen stellte sich das Parteiverhältnis im Landtage wie folgt: Centrum 74, liberaler Nischmasch 67, Bauernbund 7, Socialdemokraten 5, Volkspartei 1, Konservative 4 und 1 „Wilder“.

Die Abgeordnetenandidaten unserer Partei sind zur Zeit noch nicht offiziell ernannt worden; die bisherigen Landtagsmitglieder (Wollmar, Löwenstein, Scherm, Ehrhart, Segitz) werden bestimmt wiedergewählt; dazu treten jetzt eine Reihe neuer Männer. Ihrer aller harren schwere und wichtige Arbeiten, die viel Arbeitskraft und einen hohen Grad politischen Verständnisses erfordern. Wir wollen hoffen, daß sich die neue bayrische Fraktion zum Segen des Ganzen und unserer Partei im Landtage bethätigen und bewähren möge.

Der Große Kurfürst.

Die neueste Depesche des Kaisers an seinen früheren Erzieher, den Geheimen Rat Hinzpeter, erinnert unwillkürlich an das melancholische Wort, das Rousseau an einen Fürsten seiner Zeit richtete: „Wenn ich das Unglück hätte, als Fürst geboren zu sein.“ In dem Zusammenhang, worin Rousseau diesen Satz aussprach, sollte er auf die einseitige Bildung und Erziehung hinweisen, welche die Fürsten nach den Lebensbedingungen ihres Standes erhalten; es ist nicht ihre Schuld, aber ihr „Unglück“. Wäre der Kaiser in seiner Jugend wahrheitsgemäß durch den Geheimen Rat Hinzpeter über die Geschichte des Großen Kurfürsten unterrichtet worden, so würde er jetzt nicht erklären, daß „gleich wie in diesem Kriege, auch in ihm ein unbedingter Wille sei, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Trotz unbeirrt weiter zu gehen“. Mag man in gewissem Sinne anerkennen, daß der Große Kurfürst der Begründer der hochenzollernschen Hausmacht gewesen sei, so ist er es doch nicht geworden durch einen unbedingten Willen, nicht dadurch, daß er den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Trotz unbeirrt weiterging, sondern auf Schlangeneindringungen, die von Berrat trafen.

Der übelste Ruf ging ihm schon voran, als er 1640, ein zwanzigjähriger Jüngling zur Regierung gelangte. V. Erdmannsdorffer, ein preussischer Historiker, der vor einigen Jahren durch einen antiken Preis ausgezeichnet wurde, schreibt darüber: „Was hätte man alles von Konrad von Burgsdorf (einem Gelehrten des Kurfürsten) zu erzählen, dessen Persönlichkeit in der That so viele Angriffspunkte bot, und auch der junge Kurfürst wurde nicht gesont; wogte man doch von ihm die entgegengesetzten Geschichten, von seiner

Verschwendung, seiner Trunksucht, seiner Unfähigkeit zum Regiment; den Tod seines Vaters hatte er kaum erwarten können, er war in das Krankenzimmer gekommen zu fragen, ob er noch nicht endlich tot sei, ja zuletzt hat er dem Sterbenden das Kopfkissen weggezogen, damit er schneller stirbe.“ Gewiß hatte sich der junge Mann unter den schwierigsten Umständen zu behaupten, und wenn man einmal die wohlwollende Voraussetzung macht, daß die Erhaltung des Kurfürstentums Brandenburg des Schwertes der Edlen wert gewesen sei, so konnte er es mit seinen Mitteln und Wegen nicht so sehr genau nehmen. Aber darüber weit hinaus gewann der Große Kurfürst selbst in seiner durchaus nicht zartfühlenden Zeit den Ruf eines herzlosen Despoten, des Treulosesten unter den Treulosen. Die Enttöschung Rhodens, die Ermordung Waldsteins kann sich mit jeder Schandthat messen, die den französischen Ludwig nachgesagt wird, und wie der Große Kurfürst mit dem Berrat am Vater begann, so endete er mit dem Berrat am Vaterlande, indem er von französischem Golde bestochen, die deutsche Kaiserkrone an den König von Frankreich verschacherte.

Doch würde es weit über den Rahmen einer Tageszeitung hinausgehen, wenn hier auch nur im kürzesten Abriss die Regierung des Großen Kurfürsten geschildert werden sollte. Wir beschränken uns auf den einen und zwar den entscheidenden Punkt, auf die Frage, wie dieser Fürst die „Souveränität“ gewann, und auch darüber werden wir nur durchaus loyal gestimmte, preussische Historiker abhören. Nicht durch „unbedingten Willen“, nicht dem „Widerstand“ des feudalen Adels „zum Trotz“ begründete der Große Kurfürst den Absolutismus in dem brandenburgisch-preussischen Staate, sondern dadurch, daß er die damalige Arbeiterklasse, die bäuerliche Bevölkerung, die zu schäpfen sein landesberlicher Verus war, an Händen und Füßen geknebelt dem Adel auslieferte, wofür dieser ihm die Mittel zur Errichtung eines stehenden Heeres gewährte. Schmöller schreibt darüber: „In der verzweifeltsten Lage zu Anfang seiner Regierung (im Landtagsreue von 1658) hatte der Kurfürst dem privilegierten Adel die Möglichkeit einer festen höheren Politik, den millos perpetuus, gleichsam damit abgelastet, daß er ihm die Bauern preisgab, ihm in unsterblicher Inflation ein unbedingtes Herrenrecht zugestand.“ Ferner der lokale Reich: „Nichts wäre irriger sein, als wenn man den Großen Kurfürsten für einen sogenannten Bauernfreund halten wollte... Die traurige Politik der Bauernunterdrückung, welche namentlich mit dem Landtags-Abschiede von 1650 beginnt und in der Gesinde-Ordnung von 1690 mit ihrer satistischen glosas adscriptio-Verbeugungshandlung unterthänigen Bauernstandes ihre vollständigste systematische Durchbildung erreicht, sehen wir in den ersten Regierungsjahren des Großen Kurfürsten einfach beibehalten.“ Und endlich schreibt der preussische Historiker Stenzel: „Das Ansehen des Adels schäufte er nachdrücklich und erhielt ihn durch wiederholte Verordnungen bei seinen alten Rechten über seine Unterthanen. In den erneuerten Bauern-, Gesinde-, Hirten- und Schäfer-Ordnungen für die Mittelmark, Prignitz, Uckermark, Beeslow und Storkow und dann für die Keunack und Sternberg (1678, 1681 und 1683) bleiben Untertänigkeit, Dienstbarkeit und Leibeigenschaft der Bauern, wo sie herkömmlich waren, wie der Landtagsreue vom Jahre 1653 zugehörig hatte... Viel strenger als in der Mittelmark war die Leibeigenschaft in der Uckermark und in Pommern, da waren die Dienste ungemessen, ganz nach Willkür der Herrschaft, für welche und wie viele Tage und mit wie vielen Geipamen sie es verlangte; auch das wurde bestätigt. Wer in der Keunack vier Jahre unter einer Herrschaft sah, wurde unterthänig, seit 1670 selbst die Kinder, die vor der Untertänigkeit der Eltern geboren waren. Entlaufene konnten überall zurückgefordert werden ohne Rücksicht auf Verjährung.“ Mit anderen Worten: der Große Kurfürst legalisierte das „herkömmliche“ Bauernlegen und Bauernschinden der Junker, das bisher wenigstens formelles Unrecht gewesen war, um seinen Absolutismus zu begründen.

Und wenn dieser Absolutismus nun auch wirklich moderner Absolutismus gewesen wäre, in dem besseren Sinne des Wortes, der ihn als einen historischen Fortschritt von dem entarteten Feudalismus unterschied. Aber das war er nicht und konnte er nach der Art seiner Entstehung auch gar nicht sein. Der Große Kurfürst mochte den ohnmächtigen Bauern einen „unbedingten Willen“ zeigen; vor dem Adel mühte er trotz des stehenden Heeres, trotz des „miles perpetuus“ einfach küssen, aus dem einfachen Grunde, weil der Adel dafür gesorgt hatte, das Heer in seiner Hand zu behalten. Die durch das Blut und Gut der Bauern erprobte Souveränität des Großen Kurfürsten war mehr scheinbar, als wirklich. In hoffischem Prunk und kostspieliger Soldatenspielerlei erschöpfte sich sein Selbstherrschertum. Darüber schreibt Stenzel: „Der Kurfürst hatte einen prächtigen Hof und zahlreiche Truppen. Wenig empfindlich bei den Leiden der Menschheit, belästigte er seine Unterthanen außerordentlich, um sein Gepränge zu erhalten und seinem kriegerischen Geiste Raum zu geben; außerdem überließ er seine Staaten der Plünderung seiner Minister, die bei unbedeutenden Gelegenheiten großen Einfluß auf ihn hatten, die er aber bei wichtigen wenig zu Rate zog.“ Das heißt: Dieser glorreiche Potentat wußte nur die Schattenseiten des modernen Absolutismus auf die Schattenseiten des Feudalismus zu projizieren.

Braucht es danach noch eines Beweises, daß der Kaiser „diesen Kriegen“ unmöglich als sein Muster aufgestellt haben würde, wenn ihm dessen Geschichte richtig dargestellt worden wäre? Gewiß nicht.

Sähe der Kaiser die Geschichte des Großen Kurfürsten in dem Lichte, worin sie die Geschichtsschreibung darstellt, so würde er gewiß sein Telegramm an den Geheimen Rat Hinzpeter nicht abgefaßt haben. Die schweren und zahlreichen Pflichten seines Berufs gestatten ihm nicht, sich eindringenden Geschichtsstudien zu widmen, wie es ein anderer seiner Ahnen, der vierte Friedrich Wilhelm, in weniger anspruch-

oller Zeit noch konnte. Der freilich konnte die Geschichte des Großen Kurfürsten und wollte auf dessen Wegen allem Widerstande zum Trotz weiter gehen, aber er brach zusammen und bekannte in ohnmächtigem Schmerze: „Die Wege der Könige sind thronreich.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli.

„Der Wille des Kaisers“.

Durch alle rednerischen und telegraphischen Kundgebungen des Kaisers klingt — in verschiedenen Formen zwar, aber in gleicher Tendenz — das Bekenntnis seines „unbeugsamen Willens“, wie es in dem letzten Telegramm an Ginzpeter heißt. Im einzelnen mag der Kaiser seine Ansichten ändern, er trägt z. B. kein Bedenken, ein paar Jahre nach dem Transvaal-Telegramm Cecil Rhodes zu empfangen, und nach dem stürmischen socialen Reformfest der ersten Jahre folgte die Strafgesetzbuch-Politik, in der wir jetzt leben — indes sein Grundwille wandert nicht.

Sic volo, sic jubeo, sic vult ich's, so befehle ich's, schrieb er dem Kultusminister v. Wohler auf seine Photographie. Regis voluntas suprema vox — des Königs Wille das höchste Gesetz — so zeichnete er sich ins goldene Buch von München ein. Hierher gehört auch die Dedication für den ehemaligen Vorkämpfer in Rom, Kurt v. Schlozer „oderint dum metuant“, mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten.

Zu den lateinischen Sprüchen gesellen sich die zahlreichen deutschen Wendungen in seinen Reden. Am 28. März 1890 erklärte er, daß er diejenigen zerschmettern werde, die sich ihm bei seiner Arbeit entgegenstellen würden. Es war dieselbe Rede, in der er auch die erzieherische Wirkung der Seefahrten pries, auf denen man einsam, nur Gottes Sternenhimmel über sich, Einsicht in sich selbst halten könne. „Da kann man geheilt werden von Selbstüberschätzungen, und das thut uns allen not.“

„Ich lasse mich nicht beirren“, erklärt der Kaiser am 2. Februar 1891 gegenüber der Bismarckischen Fraktion, von der er sagte: „Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gekühlt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter meines Volkes und die mir ergebenen Männer zu verwirren.“

Wieder bekennt er, daß er im Auftrag eines Höheren handelt, dem er bereinst Nachenschaft abzulegen habe. „Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie ihm durch Dick und Dünn auf allen den Wegen, die er Sie führen wird!“

Die Rögler fordert er am 24. Februar 1892 auf, den deutschen Staud von ihren Pantoffeln zu schütten. Im Gefühl seiner Verantwortung dem obersten Herrn gegenüber gewinnt er stets neue Kraft, „bei der Arbeit zu beharren und auf dem Wege vorwärts zu schreiten, der mir vom Himmel gewiesen ist.“ „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert.“

Am 6. September 1894 ergeht an die Vertreter der Provinz Ostpreußen sein Ruf: „Auf zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes.“ „Vorwärts mit Gott, und ehrlas, wer seinen König im Stiche läßt!“

Widerwille mischen sich in den Kultus seines unbeugsamen Willens freilich Stimmungen, die dem christlichen „Widerstrebe nicht dem Uebel“ verwandt sind. So als er in Jerusalem sagte: „Nicht Glanz, nicht Macht, nicht Ruhm, nicht Ehre, nicht irdisches Gut ist es, was wir hier suchen, wir legen, stehen und ringen allein nach dem Einen, dem höchsten Gute, dem Heil unserer Seelen.“

Aber in der praktischen Politik bekennt der Kaiser sich zu dem Princip der Macht und des Willens.

Das Kaiser-Telegramm und die Presse.

Das Kaiser-Telegramm, das die Antwort des Monarchen auf die Reichstagsentscheidung über die Zuchthausvorlage darstellt, hat in der Berliner Presse Bearbeitungen angerichtet. Wir leben in der Urlaubszeit. Die Redaktionen sind dünn besetzt. So ist es zu erklären, daß in dem Morgenausgaben der Blätter, die am Abend eingegangene Depesche keine Beachtung gefunden hat. Das „Berliner Tageblatt“ registrierte sie sogar unter die einfachen Hofnotizen und der Leitartikel des Abendblattes ist nun den spähhaften Vermählungen gewidmet, sich wegen des Mißgriffs gegenüber dem gestrengen Verleger herauszureden. Was Ungeheiß war, wird nun als weise Absicht ausgegeben:

Wir haben diese Depesche heute früh im lokalen Teile unseres Blattes unter den Hofnachrichten veröffentlicht, weil wir in ihr Schlichterding nur eine persönliche Kundgebung sehen können, die für das Charakterbild des Monarchen interessant, nicht aber für politische Einzelfragen von Bedeutung ist.

Es ist politisch unklar, in wieweit die Depesche des Monarchen Diskussionen über öffentliche Angelegenheiten zu lassen. Auf seiner Nacht, ohne irgend einen verantwortlichen Minister, führt der Kaiser spazieren. Er macht einer Stadt ein Gesicht und besetzt dabei, daß man ebenso wie auf seinen Abn auch auf ihn zählen könne als auf einen ganzen Mann. In einem solchen gehört in erster Reihe die Beobachtung des eigenen und des fremden Rechtes. Es heißt, dem Staatsoberhaupt ein Unrecht thut, wenn man vermutet, daß er eine politische Kundgebung ohne Wissen irgend eines verantwortlichen Ministers habe erlassen wollen, während die Worte seiner Depesche keinen Anhalt für diese Unterstellung geben.

Hoffentlich glaub's — Herr Wölfe. Die „Vossische Zeitung“ findet sogar im Abendblatt noch kein Wort des Urteils. Man könnte vermuten, daß in dem Blatte nur noch die Auslands-Redactoren vorhanden seien, wenn nicht Herr Stephan immer noch als verantwortlicher Redacteur zerkniet, also wohl zur Disposition stehen muß. Die nationalliberale „National-Zeitung“ schreibt ebenfalls bisher — ein verlegenes Schweigen, das auf ihre ganze zweideutige Haltung in Sachen der Zuchthausvorlage zurückzuführen sein dürfte.

Von den amtlichen und halbamtlichen Blättern bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ das Telegramm in möglichst unauffälliger Weise ohne Kommentar. Der „Reichs-Anzeiger“ unterläßt auch die bloße Mitteilung.

Eigentümlich ist das Verhalten der konservativen, insbesondere der industriellen Presse. Die einen verfolgen die Laktik, über die Kundgebung hinwegzugehen. Man wird hier offenbar von der Ansicht geleitet, daß das Telegramm zu früh gekommen ist, daß es die Agitation gegen die Vorlage aus neue ansicht und so den Plan durchkreuzt, mit dem man im konservativen Lager rechnet: die erregten Gemüter einzukammern zu lassen, um dann im Herbst mit irgend einem fertigen Aufhandels-Traie den Reichstag und das Volk zu überumpeln. In dieser Laktik ist wenigstens einige Intelligenz zu rühmen: „Kreuzzeitung“ und „Berliner Neueste Nachrichten“ verfolgen sie.

Die anderen Organe der Reaktionsterroristen hingegen nehmen keinen Anstand, das Telegramm für ihre Zwecke zu benutzen. Die „Post“ deutet die Rede auf die Zuchthausvorlage und bemerkt:

Sollte diese Auslegung der kaiserlichen Worte das richtige treffen, so könnte sie als ein neues Symptom, daß die Reichsregierung die in der Socialpolitik zum Glück wieder eingeschlagenen Bismarckischen Fährte nicht wieder verlassen will, von allen, welche sich von Sympathien für die Umsturzpartei frei wissen, nur mit Freude begrüßt werden.

Für uns war und ist es eine selbstverständliche Sache, daß die Regierung ihren in so entscheidender Weise ausgesprochenen Willen, der socialdemokratischen Vergewaltigung der Arbeitswilligen mit aller Energie entgegenzutreten, nicht infolge des derzeitigen Widerstandes des Reichstages mit einem Male ändert, sondern ihre pflichtmäßigen Bemühungen, wenn auch unter er-

schweren Umständen, fortsetzt, um das für richtig erkannte Ziel zu erreichen.“

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ erblickt in dem Telegramm „einen Beweis dafür, wie ernst der Kaiser die Aufgabe erfüllt, umstürzlerischen Bestrebungen entgegenzutreten“. Das Blatt ist sehr hoffnungsvoll.

Es ist indessen anzunehmen, daß die jetzigen Reichstagsferien auf die Stimmung der Abgeordneten in dieser Frage während einwirken werden, und man darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß Mittel und Wege werden gefunden werden, dem Terrorismus der Socialdemokratie wirksam zu begegnen. Die letzten Vorkommnisse in Gerns haben bewiesen, daß etwas Erquickliches geschehen muß, und sie werden nicht ohne Eindruck bleiben. Nach dieser Richtung hin kann sich der Kaiser der Erwartung hingeben, daß sein Streben von Erfolg gekrönt sein wird, um so mehr, als er die große Mehrheit des Volkes auf seiner Seite hat.

Dann aber präsentiert das Blatt den berühmten Mittelstandswechsel und verlangt die Erfüllung auch dieses Teiles des Bielefelder Programms. Derselben die Agrarier dem arbeitenden Volk mehr Zuchthaus, so verlangen sie dafür für sich höhere Getreidepreise. Das ist ihre ausgleichende Gerechtigkeit. Umsonst gewähren sie nicht einmal das Zuchthaus.

Der pastoral-konferentielle „Reichsbote“ schreibt: „Diese unabweisbare Erklärung, an deren Fassung nichts zu drehen und zu deuteln ist, wird dem Liberalismus wie dem Centrum und der Socialdemokratie als ein Signal dienen, daß es mit ihrer triumphierenden Erwartung, die Regierungsvorlage sei endgültig begraben, nichts ist, sondern daß die Frage des Kampfes gegen die Gewalt und den Zwang des Umsturzes wiederkehrt, bis sie im Sinne des Bielefelder Programms gelöst ist.“

Die Schweinburgischen „Berliner Politischen Nachrichten“ geben die unnötige Versicherung ab, daß der Jende-Bund mit dem langen Namen (Verein für die bergbauartigen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund) durchaus für die Vermittlung der Koalitionsfreiheit eintritt:

Die besonnensten Vertreter der Industrie sind der Ueberzeugung, daß es ohne Einschränkung des socialdemokratischen Terrorismus nicht weiter geht, und wenn Herr Geheimrat Jende dieser Ueberzeugung Ausdruck gab, so kann dieselbe nicht ohne Eindruck bei verschiedenen Reichstags-Abgeordneten bleiben. Daß die verübten Regierungen auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu beharren gedenken, haben wir schon früher mitgeteilt. Das Telegramm, welches der Kaiser an den Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Ginzpeter sängst gerichtet hat, schließt auch nach dieser Richtung jeden Zweifel aus.

Unseren Ausführungen schließt sich im wesentlichen die „Vossische Zeitung“ an, die u. a. bemerkt:

Wir aber halten für nötig, in Sachen der Zuchthausvorlage auf der Hut zu sein. Hier werden Freiheiten und Rechte des arbeitenden Volkes mit Einschränkungen bedroht, einem unbeugsamen Willen, der sich dafür einsetzt, hat das seiner konstitutionellen Rechte bewusste Volk den feingegen mit Verursachung auf die Verfassung entgegenzutreten. Die Verfassung und nicht ein Einzelwille ist heute die entscheidende Instanz.

Die Arbeiterpartei wird auf der Hut sein. Mag sich nun auch das Bürgertum gerührt zeigen sowohl gegen Kreisblatt-Versagen und „Gelbe Presse“ wie gegen Kundgebungen aus dem Norden.

Deutsches Reich.

Die Fälligung. Die „Magdeb. Bzg.“ erklärt, es sei keine Rede davon, daß die Staatsanwaltschaft wegen der Fälligung des Reichstags-Stenogramms ein Verfahren eingeleitet habe. Vermutlich interessiert sich die Staatsanwaltschaft für diese Art von Fälligungen nicht.

Dem „A. Z.“ wird aus unbedingt zuverlässiger und genau informierter Quelle berichtet, daß die Fälligung von keinem stenographischen Beamten herrührt, daß das gesamte Stenographenbureau, die Vorsteher, die Stenographen, die Stenographenschreiber vollkommen unbeteiligt sind an jener Aenderung. Auch von einer Korrektoren ist keine Rede.

Man scheint in gewissen Kreisen anzunehmen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst werde die Geschichte ver-

nicht sterben. Man packte ihn an Kopf und Füßen und warf ihn auf seine Britische. Nach einiger Zeit erhob er sich und am nächsten Tage polierte das Gleiche. Manchmal phantasierte er, eine wildige Starrheit lähmte die Glieder. Man dachte: „Nun ist es aus“. Aber es war nicht aus! Eigenständig hielt das Leben sich in dem mißhandelten Körper, es hielt stand, während die Gefangenenväter um ihn zu Grunde gingen; sie verschwanden aus seinen Augen, wohin wußte er nicht, aber er konnte es ahnen, und ihr Schicksal zeigte ihm, was er zu erwarten hatte.

Dazu das beständige Fieber und die Beschwerden, die das übermäßig dagegen angewandte Chinin hervorrief. Zwischen Krankheit und Ohnmacht schwankte dieses Leben so fort, das in seiner Wurzel angedornen noch von der fortschreitenden Blutarmut bedroht wurde. In jedem heißen Klima wird der Mensch blutarm, hier aber kamen die Gemütsleiden hinzu, die den Körper aufzehren, und der Mangel an Nahrung. Die Kopierden, die Drehfus sich von Capenne kommen ließ, wurden ihm entzogen. Seine Migration wurde ihm genommen. Man reichte ihm kalte Speisen, die der Regen zuträufelte, und glaubte so mit diesem armen Leib, der so gar nicht sterben wollte, fertig werden zu können. Aber er starb dennoch nicht!

Hervorragendes leistete die Phantastie der Genies — dieser Ausdruck wird nicht zu fast erscheinen — im Erkennen von moralischen Qualen. Zunächst hatte man die Gefindung gemacht, ihm nur Kopien der Briefe seiner Familie zu geben, und zwar Aenderungen und Läden. Nicht einmal sehen durfte Drehfus die Schriftzüge der Seinigen. Aber man fand, daß all das noch nicht genug sei, und so unterdrückte man einfach die ganze Korrespondenz Drehfus' mit seiner Familie und seinem Verteidiger. Dies war ein furchtbarer Schlag für ihn, daß er nichts mehr von seiner Frau und seinen Kindern hörte, brachte seine Verunsicherung ins Wanken. Und man fällte man auch den letzten Streich, der ihn vollends hinfallen sollte. Jemand fand sich, der zu ihm sagte: „Ihre Familie hat Sie ausgegeben!“ Diese Worte sind tatsächlich gesprochen worden.

Aber wie durch ein Wunder — wer kann denn ergründen, woher die menschliche Seele in ihrer höchsten Not Kraft und Zuversicht schöpft — blieb das Vertrauen, das der Verbannte in seine Familie setzte, unerschüttert, und er richtete sich hoch auf und schrie dem Himmelen, der ihm das sagte, ins Gesicht: „Sie lügen! Es ist nicht wahr! Sie lügen!“

Als man in Paris anfing, von der Revision zu sprechen, ver-doppelte man auf der Zuchthausinsel die Qualen. Warum diese plötzliche barbarische Behandlung über ihn verhängt wurde, vermochte sich der Unglückliche nicht zu erklären. Er schrieb an Bois-deffre, schrieb an Felix Faure. Gerade an die, die ihn vernichten wollten, wandte sich der unglückliche Mann, und sie ließen ihm antworten, seine Familie habe unerlaubte Mittel für die Revision angewandt, ihr habe er daher dies neue Unglück zu danken. Und Drehfus glaubte es schließlich, wurde bitter gegen seinen Bruder und schrieb an Faure und Bois-deffre: „Ich lege meine Ehre in Ihre Hände und erwarte mein Heil von Ihnen.“ Als er sich auf dem „Sarg“ einschiffte, war er überzeugt, daß er selbst des Uebel-

der Revision sei, und daß er seinen Briefen an die beiden Genannten allem alles verdanke. Man muß es den anderslautenden parteilichen Versicherungen zum Trotz immer noch wiederholen: Als Drehfus zurückkam, wußte er nichts, aber gar nichts von seiner ganzen Angelegenheit. Das erste Wort, das er zu seiner Frau sagte, war: „Du verstehst nichts, denn Du weißt von nichts!“ Die Kernte hielt ihn für irrsinnig.

Seine Bücher hatte man ihm nicht zu nehmen erlaubt. Über dafür wurde jede selbständige geistige Betätigung ihm verwehrt. Er schrieb er eine Zeile nieder, nur zur Übung, um seinen Verstand nicht gänzlich zusammenbrechen zu lassen, so war auch schon der Wüter da und entriß ihm den Segen Papier. Aus Verzweiflung kam Drehfus schließlich dahin, bloß mechanisch abzuschreiben. Er kopierte ganze Kapitel aus seinen Büchern, bloß um nicht verrückt zu werden. Jedes einzelne von ihm beschriebene Blatt wurde weggenommen, nach Paris geschickt und dort genau durchsucht, in der Hoffnung, man könne daraus eine Waffe gegen den Gefangenen schmieden. Nur um Pola, von dessen Thätigkeit für ihn Drehfus natürlich keine Ahnung hatte, gegen den Gefangenen zu erbittern, veröffentlichte man den Auszug aus einem Buche, das gegen Pola gerichtet und von Drehfus abgeschrieben worden war.

Zum Schluß kommt Clémenceau abermals auf den Kolonialminister Lebon zu sprechen, der alle diese Barbareien und Freigebheiten durch eine noch größere Freigiebigkeit und Barbarei überbot. Auf immer hat Lebon seinen Namen dadurch entehrt, daß er, zitternd vor Furcht, dem Beauvilliers, der mit dem Tode rang, die letzte Mörter zufügte. Du Path de Clam hatte einen gefälschten Brief aus Kolonialministerium gerichtet, in der Hoffnung, daß Drehfus infolge dieses Briefes einem noch strengeren Regime unterworfen werden würde. Denn für du Path de Clam, wie für die anderen, war es nötig, daß der Verurteilte starb. Die „Libre Parole“ drohte, sprach von Fluchtversuchen. Der Kolonialminister Lebon begann zu zittern, und um die Angriffe der Antifemiten von sich abzuwenden, gab er den Befehl, Drehfus in Ketten zu legen. Nachdem man in Guyana die Depesche des Kolonialministers erhalten hatte, wurde das Feuer in der kleinen Schmiede der Zuchthausinsel angezündet und man beizte sich, wohl oder übel die Folterinstrumente zu fabricieren. Über übel als wohl. Vom ersten Tage an zerriß das Fleisch an dem Zuchthaus, die durch den Druck der eisernen Fesseln angeschwollen waren. Eine Wunde bildete sich, bald trat eine heftige Entzündung dazu, Fäulnis-Erzeugnissen zeigten sich. Sollte man wegen solcher Kleinigkeiten die Tortur einstellen? Niemandem kam diese Idee. Der Verurteilte floge nicht, streckte mit stoischem Gleichmut seine blutenden Füße den Feindern entgegen und daß nur, man solle ihm doch wenigstens sagen, weshalb man diese neue Strafe über ihn verhängt! Keine Antwort! Das dauerte zwei Monate. Am Morgen wurden die Fesseln abgenommen, am Abend wurden die Wunden wieder auf die blutenden Wunden gelegt. Während dieser Zeit las der Minister Lebon aufmerksam die antimilitärische Presse und konsultierte mit Befriedigung, daß man ihn nicht angriff.

Das hat sich, schließt Clémenceau, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in der französischen Republik ereignet!

(Frankf. Bzg.)

Die Martern der Teufelsinsel.

Ueber das Unrecht, das Drehfus geschehen ist, haben die Revisionsbestrebungen allmählich auch den Mißtrauischen aufgeklärt. Von den furchtbaren Leiden aber, die der unglückliche Verurteilte unter dem Namen der Verhaftung zu erdulden hatte, hat man bisher noch fast nichts gewußt, weil er allein außer seinem Kerlermeister sie kannte. Die folgenden Einzelheiten, die Georges Clémenceau in der „Aurore“ mitteilt, haben einen fast unbeschreiblichen Wert, weil sie offenbar auf den Angaben der Familie beruhen und somit aus der besten Quelle schöpfen konnten, nämlich aus den Worten des Hauptmanns Drehfus selber.

Das Unrecht, die Vergewaltigung begann schon mit der Eröffnung des Verfahrens gegen ihn, das ihn wegen Hochverrats vor Gericht stellte. Selbst wenn Drehfus der Verfasser des Vorderaus war, so durfte die Anklage nur auf Spionage lauten, ein Verbrechen, das im höchsten Maße mit fünf Jahren Deportation bestraft wird. Drehfus hat damals, trotzdem schon aus der Fällung der Anklage sich sommentar ergab, daß seine Gegner ihn verderben wollten, seinem Verteidiger Demange nicht erlaubt, dagegen zu protestieren. Ein rechtlicher Einwand dieser Art wäre seinem empfindlichen Ohrgefühl als ein Anzeichen von Schuldbewußtsein erschienen. Er meinte, man könnte vermuten, es komme ihm darauf an, das Strafmaß zu vergrößern. Darum stellte er sich der juristisch falschen Anklage eines erdichteten Verbrechens, ließ ein Urteil über sich ergehen, das formell ebenso falsch war wie sachlich, und trat die Strafe an. Und diese Strafe, so furchtbar sie an sich schon war, sie wurde ihm von dem damaligen Kolonialminister, dem „Folterer“ Lebon, noch furchtbarer gemacht.

Allein das Leben schon in diesem Klima ist eine Hölle. Dieser Sommersaat, den giftigen Ausdünstungen des tropischen Bodens erliegt die robusteste Gesundheit. Die französischen Beamten der Kolonie, die doch nach allen erreichbaren hygienischen Mitteln sich schützten, müssen alle zwei Jahre auf sechs Monate nach Europa zurückkehren. Und wenn ihre Gesundheit zerklüftet wird, wie sollte dann Drehfus am Leben bleiben, begraben wie er war in Einsamkeit, unter Wächtern, deren ingratiungen daß gegen ihn allein ihr furchtbares Stillschweigen verriet. Zwei, drei Jahre, nicht länger rechnete man, konnte er bei aller Lebensfähigkeit standhalten. Und da er doch über lang oder kurz sterben mußte, so war man menschenfreundlich genug, ihm zur Abdärzung seiner Qual beihilflich zu sein.

Wenn die Luft in seiner Hütte dem Gefangenen unerträglich wurde, ging er hinaus, um auf dem engen Raume, den seine Umzäunung ihm ließ, die stinkende heiße Atmosphäre einzuatmen. In plötzlicher Ohnmacht fiel er oft wie von einem Faustschlag getroffen zu Boden. Dann liefen die Wächter herbei in der Hoffnung, es sei nun endlich einmal aus mit ihm. Aber er enttäuschte sie stets, er wollte

*) Wir geben die Schilderung der Leiden Drehfus' wieder, weil sie nicht nur eine persönliche Angelegenheit behandelt, sondern ein niederträchtiges System charakterisiert.

geffen sein. Anders ist das hartnäckige Schweigen der zum Reden Verpflichteten nicht zu erklären. Aber die Spekulation auf die Zeit ist falsch und durch das Vertuschungssystem mehrten sich nur die Schuld und — die Schuldingen. —

Die Liberalen sind schwer erobert über ihre Niederlage in Bayern. Anstatt aber ihre eigenen politischen Sünden zu bekennen, schmähren sie das Bündnis, das Centrum und Socialdemokratie in einigen Wahlkreisen gelöst haben. Die einen mochten dem Centrum Vorwürfe, weil es mit „den Feinden des Vaterlandes und der Monarchie“ zusammengegangen sei, die anderen flagen die Socialdemokratie an, daß sie der legalen Verfassungspartei Hilfe geleistet hat.

In einem drohig-rabiaten Schmerzschrei bricht die „Münchener Allgemeine Zeitung“ aus:

„Das unnatürliche Bündnis zwischen Soutane und Ballonmäße, zwischen dem Kreuzifix und der Petroleumflasche ist leider in Deutschland nicht ganz Seltenes mehr geworden. Daß Bayerns Hauptstadt den Schauplatz für eine eklatante Wiederholung dieses Bündnisses bieten muß, ist aber eine ganz besonders betrübliche Erscheinung. . . Wie es dem Regenten und seinem Hause zu Gute sein mag, wenn er seine angelegentlich getreuesten Anhänger Arm in Arm mit der „Selbstwühlten“ Partei marschieren sieht, die in der Pariser Kommune den reinsten, leider vereinzelt gebliebenen Versuch einer praktischen Verwirklichung der socialdemokratischen Ideale erblickt und die Abschaffung der Monarchie als etwas selbstverständliches fordert, das scheint die schlauen Politiker von der Rechten nicht zu demüthigen. Die Politik eines Wahlbündnisses mit den Socialdemokraten war schlau, es fragt sich nur, ob sie nicht zu schlau war. . .“

Die „Bosnische Zeitung“ wiederum bedauert wehmütvoll, daß die „Kommune verheerenden Männer mit der Petroleumflasche“ sich nicht mit den Liberalen der auch liberalen „Allg. Ztg.“ verbündet haben. Und die „Berliner Zeitung“ droht poifentlich: „Der Wahlschacher, den die bayerische Socialdemokratie getrieben, wird ihr nicht so bald vergessen werden.“

Unser Leitartikel giebt die Gründe, aus denen die Socialdemokratie in Bayern unter den besonderen Verhältnissen bei dieser Wahl mit dem Centrum ein Stück Weges marschirt. Der Hinweis der „Berl. Ztg.“ auf Belgien zeigt gerade die Besonderheit der bayerischen Verhältnisse. In Belgien geht die Arbeiterklasse mit den Liberalen, weil diese in Opposition zur Regierung steht, die dem Volke keine Rechte vorzubringen und weiter sämeln will. In Bayern sind die Liberalen die Stützen der Regierung, Träger der politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Feinde jeder noch so bescheidenen Förderung der Arbeiterklasse. Diese anmaßende Herrschaft eines Liberalismus, der seinen Namen täglich schändet, galt es zu brechen. Unseren Parteigenossen ist ficherlich der Schritt, den sie gethan haben, nicht leicht geworden. Aber die Berliner Freistämmler und gar „Demokraten“ hätten gut, wenn sie nicht zu nahe an ihre bayerischen Parteivettern heranträten. —

Zum Kronsfchen Falle. In der „Straßburger Post“ hatte ein ungenannter Professor Betrachtungen darüber angestellt, welche Rücksichtslosigkeit gegen Dr. Kronsfchen in einer Hinauszuehung der Angelegenheit bis in die Universitätsferien liegen würde. Diese Erörterungen scheinen doch nicht ganz unbeachtet geblieben zu sein, denn wie wir soeben hören, ist noch kurz vor Schluss des Semesters, nämlich am 22. Juli, ein Termin zur Verhandlung vor der philosophischen Fakultät anberaumt worden. Nach dem Privatdocenten-Geſetze fungirt die Fakultät als Gericht erster Instanz. —

Bochum, 11. Juli. Wegen Beleidigung des fürstlich meiningischen Ministeriums will der Staatsanwalt zu Koburg den Redacteur O. Gys von der hier erscheinenden „Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter-Ztg.“ vor das Forum des Koburger Landgerichts ziehen. Was soll in einer Kammer seiner Zeitung dem Ministerium den Vorwurf gemacht haben, daß es nichts für die Verbesserung der Lage der meiningischen Grubensarbeiter gethan habe; er wird gegen den ambulanten Gerichtsstand der Presse, wie er in seiner Klagesache zur Anwendung kommen soll, Protest einlegen.

Vom sächsischen Polizeiregiment. Das neueste Originalprodukt der Polizeiverwaltung hat der Stadtrat in Rittau ans Licht der Welt befördert. Er hat nämlich das Kriterium „gewerblich-mäßige“ Verteilens von Druckschriften als gegeben gefunden, wenn ein solcher Verteiler von Druckschriften (socialistischer naturlich) für seine Mühe eine Entschädigung für Fahrgehalt, Essen, Trinken usw. bekommt. Gewerbmäßiges Verteilen ist aber bekanntlich von der Genehmigung der Behörde abhängig. Weil nun ein solcher Sünder diese Genehmigung nicht eingeholt hatte, bekam er ein Strafmandat. Das Gericht wird darüber noch sprechen.

In Wien wurde der Organisation der Töpler die Abhaltung eines darmlosen Länzendens, das gelegentlich einer Partie in einem Parteilokal stattfinden sollte, von der dortigen Amishauptmannschaft verboten. Grund: Die Behörde kennt die einzelnen Teilnehmer an dem Vergnügen nicht genügend. —

Bredben, 12. Juli. (Sig. Ver.) Daß die Militärvereine auch in Sachen Verblend der Regierung sind, ist ja bekannt. Schon deshalb, weil sie den Sturmbock gegen die Socialdemokratie abgeben müssen, obwohl diese Vereine angeblich ganz „unpolitisch“ sind. Wahrscheinlich, damit etwa nicht irgend jemand über diese staatsretterische Aufgabe im Zweifel sein kann, hat das jetzt wieder einmal ein offizieller Vertreter der Regierung, ein Geheimrat von Kirchbach, in der hier stattgehabten Bundesversammlung ausdrücklich in einer Ansprache ganz demonstrativ hervorgehoben. Er erklärte nämlich, daß Regierung und Königshaus großen Wert auf „unser Militärvereinsleben“ legen, da dieses unter den vielen Vereinigungen das „stärkste Bollwerk“ gegen die Strömungen (?! des Umsturzes“ sei. — Spotten ihrer selbst, und wissen nicht wie. —

Münchberg, 11. Juli. Zur Illustration des bayerischen Wahlgesezes, das wir im Leitartikel bereits beleuchtet haben, mögen einige Beispiele dienen: In einem Münchberger Wahlbezirk kamen auf 384 Wahlberechtigte 6 Wahlmänner, in einem anderen auf 3828 nur 3. Unnötig zu sagen, daß der erste Bezirk im Bourgeoisviertel liegt, der zweite in einer Proletariatsvorstadt. Die Bourgeois haben also 12—15 mal soviel Wahlrecht als die Arbeiter. Für die Socialdemokraten haben rund 10 000 Wähler ihre Stimmen abgegeben, für die Freistämmler etwa 8800; aber wir hätten 24 000 Wähler stellen können, wenn die physische Möglichkeit der Wahl gewährleistet gewesen wäre. Unsere lokale Lederlegenheit kommt bei diesem System gar nicht zur Geltung; in einem Bezirk haben wir 1037 Stimmen gehabt, die Gegner 102; 800 der Unstigen hätten ruhig zu Hause bleiben können, sie haben lediglich demonstriert, der Effekt wäre mit 200 Stimmen auch erreicht worden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Schneiderin Grethe in Hamburg soll im Jahre 1894 eine Majestätsbeleidigung begangen haben. Nach Verlauf von etwa 10—12 Tagen erklärte sie sich mit ihrem Zusehneider Namens Ballmus, schimpfte ihn aus und wurde darauf von ihm denunziert. Sie ging aber noch Schanden und konnte dort nicht gefaßt werden. Als sie vor einigen Monaten jedoch nach Deutschland zurückkehrte, hatte ihr eigener Schwiegervater nichts Günstigeres zu thun, als die Rückkehr der Wehrde anzuzeigen, worauf sie verhaftet wurde. In der jetzigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt selbst Freisprechung, das Gericht erkannte jedoch auf drei Monate Gefängnis. —

Aus dem spreussischen Landarbeiterparadies wird uns geschrieben: „Dat es auch der Leutenmangel bereits dahin gebracht, daß stellenweise die jüngeren Arbeiter, bei denen man das Fortgehen befürchtet,

etwas besser behandelt werden, was ja in Ostelbien noch nicht viel sagen will, so haben die alten Arbeiter, die nicht mehr fort können, nach wie vor unter dem Druck ihrer Ausbeuter zu leiden, ja man läßt sie sogar oftmals dafür büßen, daß die jungen Leute fortgezogen sind. Nachfolgend geschilbeter Vorfall, der sich vor einigen Tagen in Kesselbeck, Kreis Königsberg, zugetragen hat, giebt uns ein klares Bild von der „Liebedoll“ Behandlung, die den älteren Landarbeitern in Ostelbien zu teil wird.

Dort wurde dem 64-jährigen Kuchist vom Inspektor der Auftrags gegeben, das Vieh am Vormittag erst mit trockenem, dann mit eben von der Waide geholtem Futter zu füttern. Er that das auch. Als der Inspektor am Mittag vom Remontemarkt, der in der Nachbarschaft abgehalten war, zurückkehrte, war er mit der Art des Futters unzufrieden. Die Keuerung des Hirten, daß es so gemacht sei, wie er bestimmt habe, brachte ihn derartig in Wut, daß er mit einem säueren eisenbeschlagenen Stod wie toll auf den alten Mann einschlug, so daß demselben die Arme, die er zum Schutze erhoben hatte, ganz blutig geschlagen wurden. Damit aber noch nicht genug; sei es, daß der alte Mann sich zu wehren suchte, kurz, der Unmensch zog nunmehr einen Revolver und schoß viermal auf den Hühndelken. Drei Angeln trafen den Unglücklichen. Derjelbe wurde nach der städtischen Krankenanstalt in Königsberg gebracht. Dort liegt er jetzt noch schwer krank.

Selbst wenn der alte Mann sich wirklich zur Wehr gesetzt hätte, was er bestrafet, bleibt es doch immer eine Majestät sonder gleichen, wenn der 64-jährige kräftige Inspektor zum Schießeisen greift und den alten Mann über den Haufen schießt.

Vielleicht erinnern sich die Herren Agrarier dieses Vorfalls, wenn sie im Reichstag wieder einmal erzählen, wie liebedoll in Ostelbien die alten Arbeiter behandelt werden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 12. Juli. Der Kriegsminister hat den General Julliard, der gelegentlich der Verlegung des Obersten Exzerz von Rennes den belamten Tagesbefehl erließ, aufgefordert, sich in seinen Tagesbefehlen künftig einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung zu befleißigen.

General Duchesne hat dem Kriegsminister seinen Bericht über die von ihm geleitete Untersuchung bezüglich des Verhaltens des Generals Peilienz eingereicht. Die Schlussfolgerungen des Berichts werden geheim gehalten.

Die „Tribune“ schreibt, es sei möglich, daß Du Bath de Clam nicht vor die Militärgerichtsbarkeit, sondern vor die Zivilgerichte gestellt werde, da teigefest sei, daß seine Frau seine Mitschuldige sei, da sie einen der falschen Blanketbriefe geschrieben habe.

Italien.

Rom, 12. Juli. Wie radikale Blätter melden, haben sich alle Räte des Kassationshofes entschieden gegen die Notverordnungen ausgesprochen.

Der von der französischen Regierung begnadigte General Giletta ist bei seiner Ankunft in Vercenza auf Befehl des Kriegsministers unter Vorbehalt weiterer Verfügungen in strengen Arrest abgeführt worden. —

Ungeheuliche Gefangensetzung Cosas. Der Abgeordnete Genosse Andrea Cosa wurde nach der letzten Sitzung des Parlaments verhaftet, um eine im Jahre 1889 über ihn verhängte, aber mittlerweile durch eine allgemeine Amnestie aufgehobene Strafe abzulösen. Es hat sich nun herausgestellt, daß Cosa nur infolge einer bürokratischen Schlamperie verhaftet worden ist; der mit der Führung des Strafregisters, in dem Cosas Verurteilung eingetragen ist, betraute Beamte hat einfach vergessen, auch den Erlaß der Strafe zu notieren. Um einen Skandal zu vermeiden, sucht man jetzt durch allerlei räudulische Kunststücke nachzuweisen, daß Cosa nicht anwesend war und daher seine Verhaftung durchaus gesetzlich ist. Cosa wird im Gefängnis in der niederträchtigsten Weise behandelt. Man will ihn mit den gemeinen Verbrechern zusammenwerfen, er soll Sträflingskleid anziehen, sich Bart und Haupthaar schneiden lassen, Sträflingsarbeiten verrichten, keine Besuche empfangen und nur einmal in der Woche an seine Familie schreiben dürfen. Er hat gegen diese Verfassung der Strafsandirektion an das Ministerium rekurriert, das sich aber bisher noch nicht herbeigelassen hat, zu antworten. Daß die Verhaftung Cosas eine ungeheuliche ist, geht schon daraus hervor, daß der Abgeordnete Genosse Morgari, der sich in genau derselben Lage befindet wie Cosa, nicht verhaftet worden ist. —

England.

Ueber die Differenz der englischen Regierung mit den Buren liegen heute keine neueren Nachrichten vor. Es ist das ein gutes Zeichen, aus dem zu schließen ist, daß die Krise aufhört akut zu sein. Das Eintreten der englischen „Africander“ für die Transvaal-Republik ist ein Ereignis von großer Tragweite, dessen Bedeutung auch der verbissenste englische Jingo nicht bestreiten kann. Das Haupt der Regierung des Kaplandes, Dr. Schreiner, war von jeher ein warmer Freund der Buren-Republik. Er ist beifällig der Bruder jener Sir Olliv Schreiner, die an der Spitze der englischen Bewegung gegen die afrikanische Politik Chamberlains steht. Diese hochgebildete Frau hat durch ihre trefflichen Schriften und Vorträge wesentlich dazu beigetragen, die Schwundeleien und Frevelthaten des Herrn Rhodes aufzudecken, der in Chamberlain einen würdigen Helfershelfer gefunden hat. —

Rußland.

Der „Friedensfürst“: Der Generalgouverneur von Finnland General Sobriko erklärte einem dänischen Journalisten gegenüber, die internationale Deputation sei vom Jaren abgewiesen worden, weil er nicht wünsche, in seinem eigenen Hause darüber belehrt zu werden, wie er Rußland regieren solle. Sollten die Finnen sich dem Willen des Joren widersetzen, so würden ihre Privilegien vernichtet werden. Die finnländische Presse würde, wenn sie die gegenwärtige Agitation fortsetze, Zwangsmaßnahmen hervorzurufen und damit dem Lande einen schlechten Gefallen thun. —

Buchhauskurs und Majestätsbeleidigungs-Paragraph.

Zu der gestern bereits gewürdigten Reichsgerichts-Entscheidung zum Frankfurter Majestätsbeleidigungs-Prozess wird uns noch geschrieben:

In dem jetzt abgeschlossenen Frankfurter Majestätsbeleidigungs-Prozesse, dessen Opfer Genosse Duard geworden ist, rangen zwei sociale Strömungen miteinander darum, wer von ihnen den größten Einfluß haben sollte: die sich immer mehr bei unsen deutschen Richtern verhärtende Reigung, die Geltung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu erweitern, und die bei denselben Richtern durch den Buchhauskurs unwillkürlich erzeugte Stimmung.

Man könnte nun sagen: das ist ganz einfach; untern Buchhauskurs müssen sich ja alle strafgesetzlichen Tendenzen verschärfen, die sich gegen Arbeiterpresse und Arbeiterbewegung richten. Von dem Augenblick an, wo die straffe Arbeiterorganisation an sich schon als ein Uebel bezeichnet wurde, mußten die Richter der Ordnung auf jeder Stufe der behördlichen Rangleiter überall ihr Bestes darin erbilden, selbständigen Regungen überhaupt scharfer als je entgegenzutreten. Es ist kein Zufall, daß wir dergestalt wieder bis zum Verbot socialistischen Pflanzens und Singens gekommen sind, sobald den Socialdemokraten laum mehr erlaubt ist, auf — sich selbst zu pfeifen; ebenso, wie es im Buchhauskurs liegt, daß in Hochschul- und Denkmalfragen die Reaktion ihren Wogen bis aufs äußerste spannt. Dazwischen liegen dann die zahllosen, schon von lange her bekannten Verfolgungen. Daß sie sich vermehren, brachte schon die zugefugte Lage mit sich. Man kommt also zu der sehr

einfachen Erklärung, daß der Frankfurter Fall eben ein Majestätsbeleidigungs-Prozess ist, wie er untern Buchhauskurs gegenzugt werden mußte. Allein so einfach liegt die Sache doch nicht.

Genau — im ersten Stadium des Frankfurter Prozesses konnte man noch glauben, es handle sich hauptsächlich um eine verfeinerte Anwendung des Begriffs von Crimon laeso majestatis, der Majestätsbeleidigung, wie sie eben erragte Zeiten mit sich bringen. Die Frankfurter Strafkammer gab sich redlich Mühe, das altrömische Verbrechen zu konstruieren. Sie sagte bekanntlich: der Angeklagte hat zwar nur über die Thronrede geschrieben, aber die Thronrede wurde und wird gewöhnlich vom Kaiser selbst gesprochen, das Recht dazu hat fast ganz eigentlich der Verion des Kaisers an, und folglich richtet sich auch jede mißliebige Keuerung über die Thronrede gegen die Person des Kaisers, sie wird eine Majestätsbeleidigung. So die Strafkammer. Daß damit ein Hauptzug unserer ganzen Verfassung über den Haufen geworfen wurde, lassen wir jetzt einmal ganz beiseite. Wir folgen nur dem Gedankenweg der Frankfurter Richter so getreu als möglich und stellen fest, daß das Streben nach dem äußersten Schutz der Majestät im neuverfassenden Sinne immerhin noch der leitende Gedanke für die Richter erster Instanz blieb. Oder, noch besser ausgedrückt: die eigentliche preußisch-deutsche Gedankenführung, die im Frankfurter Prozesse sich geltend machte, blieb zuerst noch ziemlich in der Hülle des wirklichen Majestätsbeleidigungs-Verfahrens. Wodurch vielleicht gerade jenes Ergebnis bedingt wurde, daß das Urteil erster Instanz zu einer vollständigen Umkehrung der bisher bei uns maßgebenden staatsrechtlichen Begriffe kommen mußte. Anders ging's nicht gut. Wer den „beleidigten“ Kaiser an die Stelle der „beleidigten“ Bundesregierung oder des „beleidigten“ Reichstanzlers setzte, beging zwar einen völligen Umsturz unserer Verfassungsansichtungen, aber er blieb doch eben noch bei der Majestätsbeleidigung.

Nun ist aber jetzt das Reichsgericht gekommen und hat mit dieser Begründung des Urteils, die doch immer noch eine Konsequenz in ihrer Art war, ausgeräumt. Die Reichsrichter stehen konstatistisch demnach doch der reinen Unversitätsbeurteilung zu nahe, als daß sie den völligen Umsturz mit bisherigen Grundfragen mitmachen könnten. Sie zeigen Pallen nach Pallen an dem Frankfurter Urteil ein, daß es nur so eine Lust ist, zuzusehen. Es geht schon einmal vorläufig nicht anders, sagt das Reichsgericht: der Kaiser ist nur Inhaber der Präsidialgewalt im Reiche, nur Vertreter der verbündeten Regierungen, und die Thronrede ein Programm des letzteren, der verfassungsmäßiger Regierungssatz, für den der Reichstanzler verantwortlich bleibt. Die Erörterungen der Thronrede wie andere Regierungsvorlagen können unmöglich auf diesen Grenzen beschränkt werden, innerhalb deren noch unserer heutigen Rechtslage nur eine Kritik persönlicher kaiserlicher Äußerungen möglich ist. Und so giebt denn das Reichsgericht dem angeklagten Redacteur akademischen Trost aus vollen Gänzen; der socialdemokratische Journalist glaubt schon frei sein können, weil ihm wenigstens das nicht mehr verjagt sein soll, was seinen bürgerlichen Kollegen noch niemals verjagt war. Die bisher einzig bestehende Erweiterung des Majestätsbeleidigungs-Begriffs nach den Anschauungen der Frankfurter Strafkammer ist beseitigt und wieder allgemeines, gleiches verfassungsmäßiges Recht auf Kritik an Regierungshandlungen für die gesamte Preile hergestellt.

Da macht aber eben das Reichsgerichtsurteil plötzlich jene entsetzende Wendung, die uns zu dieser ganzen Betrachtung führte. Nachdem es den Apparat des Majestätsverbrechens beseitigt und die juristische Hülle gesprengt hat, unter der sich bisher die untere Strömung verbarg, die diesen Prozess herbeiführte, offenbart es diese Strömung mit aller Deutlichkeit, weil sonst gar keine Beurteilung mehr möglich gewesen wäre. Jene Wendung macht das Reichsgericht mit zwei klaren Worten: Dort, wo es auspricht, daß die Frankfurter Strafkammer recht hat, wenn sie sagt, daß der Kaiser bei der Thronrede außer der Meinung der verbündeten Regierungen, zugleich daneben seine eigene persönliche Meinung ausdrücken kann. Und da festgesetzt ist, daß der Angeklagte diese „zugleich daneben“ ausgesprochene persönliche Meinung des Kaisers durch den belamten Vergleich scharf habe kritisieren wollen, nicht die Thronrede, von der er nur sprach, so bleibe es bei der Beurteilung. Nun hat der Kaiser aber „zugleich mit“ und „neben“ der Thronrede gar nichts zur Eröffnung des Reichstags im November gesagt. Wohl aber hat er vorher die Deputatsen Rede gehalten; die erste offizielle Bestätigung dieser Rede kam in der zur Frage stehenden Thronrede, und der Angeklagte sprach eben diese Stelle der Thronrede. Damit ist uneres Erachtens der psychologische Untergrund der ganzen Affaire aufgedeckt, und man muß dem Reichsgericht Dank wissen, daß es dies durch sein Urteil ermöglicht. Den Frankfurter, aber noch mehr den Leipziger Richtern war die Anschauung schon in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Kritik gegen den Arbeiter-Terrorismus vom Kaiser persönlich angegeben sei und fortgeführt werde; deshalb wurde ihnen beim besten Willen eine Xrechnung derjenigen Kritik, welche sich gegen diese persönlichen Äußerungen des Kaisers richtete, und derjenigen, welche uns die verfassungsmäßigen Reultate jener kaiserlichen Richtung, also die Thronrede und den Reichstanzler traf, schlechterdings unmöglich. In ihrem Bewusstsein herrschte der Eindruck, daß es sich bei allem um Wünsche des Kaisers handelte, so stark vor, daß persönliche und verfassungsmäßige Keuerungen des Monarchen unbedenkt bei ihnen ineinander fließen. Erst so wird auch das „zugleich“ und „daneben“ des Reichsgerichts-Urteils verständlich.

Partei-Nachrichten.

Die Rechtslosigkeit des mecklenburgischen Volkes wird wieder einmal deutlich erwiesen durch nachstehenden Vorfall. In Rostock sollte eine Versammlung abgehalten werden mit der Tagesordnung: „Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.“ Dieses Thema bildet angefaßt der in Aussicht stehenden Justizhausvorlage und der mit diesem Gesetze so eng verknüpften wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ein notwendiges Requisite, um die Arbeiterkraft über ihre Lage aufzuklären, um ihr zu zeigen, durch welche Nachmittel ihre wirtschaftliche Existenz bedroht ist. Das Ministerium beurteilte diese Angelegenheit offenbar vom politischen Gesichtswinkel aus und gab, scheinbar gerührt durch die Vereinigungsmomente gegenüber den aus organisierten Arbeiterkreisen kommenden Eingaben zwecks Abhaltung öffentlicher Versammlungen, einen ab- Lehnenden Bescheid. Den gleichen Erfolg hatte eine Beschwärde an das Staatsministerium. Dieses bestätigte einfach die Ablehnung des Ministeriums. Damit ist die Sache abgethan, die Versammlung muß unterbleiben. Das sind in der That unbillbare Zustände.

Wegen Richterbeleidigung wurde der Redacteur des Hallischen „Volkblattes“, Genosse Swienty, am 11. d. M. zu 400 Mark Geldstrafe, ev. 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Er soll in einem am 28. April unter der Spitzmarke: „Ein ungemein auffälliges Urteil“ veröffentlichten Artikel die Mitglieder der 2. Strafkammer und besonders den Landgerichtsdirektor Weise beleidigt haben. Gen. Swienty war am 28. April wegen Beleidigung des Erblandes Schöffengerichts zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er durch die Gegenüberstellung zweier Urteile den Richtern in Eitelken den Vorwurf der Parteibeiheiligung gemacht haben sollte. Es handelte sich damals um die Bestrafung eines Mühlenscheiters im Gegenfay zu der Bestrafung eines Arbeiters. In dem fraglichen Artikel wurde die gegen Swienty verhängte Strafe aufs neue kritisiert. Diese Artikel soll wiederum beleidigend gewesen sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Verlan,** Redacteur des Halberstädter Partei-Organs, hat dieser Tage eine Gefängnisstrafe von einem Monat angetreten, die ihm wegen angeblicher Beleidigung des Oberstaatsanwalts in Raumburg subskribiert worden war. Bekanntlich handelte es sich dabei um eine Notiz, die der Enttäufung über die Behandlung, die dem Redacteur Emil Meyer während der ersten Zeit seiner Haft zu teil wurde, Ausdruck verlieh.

— **Woytoll durch den § 153 zu treffen** — diesen Versuch unternahm die Frankfurter Staatsanwaltschaft. Die Frankfurter

„Vollstimmte“ hatte zu verschärfter Führung des Bierkrieges gegen die Ringbrauereien aufgefordert. Das sollte gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung und gegen § 360 Abs. 11 verstoßen, und es erfolgte Verurteilung gegen den Verantwortlichen, Zielowski. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis; Zielowski wurde aber vom Schöffengericht sowohl, als auch vom Landgericht freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauhandwerker! Die Fliesenleger legten heute, Mittwoch, den 12. Juli, in allen Firmen zum großen Teil die Arbeit nieder, da die Geschäftsinhaber sich bis jetzt weigerten, die gestellten Forderungen anzuerkennen. Zugang ist fernzuhalten. Anfragen zu richten: Bureau, Grenadierstr. 83, Restaurant. Die Kommission.

Bei den Wahlen zum Gesellenausschuß der Drechslerinnung, die am 11. d. M. von etwa 250 anwesenden Gesellen vorgenommen wurde, sind sämtliche von den Organisationen (Holzarbeiter-Verband und Verein der Stodarbeiter) aufgestellten Kandidaten — vier Vertreter und zwei Ersatzmänner — einstimmig gewählt worden.

Aus Spandau wird uns geschrieben: Unter den hiesigen Maurern hat sich der Organisationsgedanke, trotz der vorjährigen Auspöterung, in erfreulicher Weise noch mehr verbreitet; einen treffenden Beweis hierfür bot am letzten Sonnabend das von den Jungmännern veranstaltete Quartalsfest. Entgegen den früheren Jahren beteiligten sich diesmal an dem Anzuge gar nur 34 Mann, noch dazu bis auf wenige Ausnahmen durchweg Poliere, auf deren Mitwirkung an der Organisationsarbeit von den Maurergesellen leider noch immer nicht gerechnet werden kann. Dagegen war das am gleichen Abend von dem Verbands der Maurer arrangierte Stiftungsfest ganz außerordentlich gut besucht.

Dem Umstande, daß ihre Organisation fortgesetzt wächst, haben es die Maurer auch allein zuschreiben, daß die Unternehmer sich in diesem Jahre zu Unterhandlungen mit der Arbeiterkommission bereit fanden und den geforderten 50 Pfennig-Stundenlohn bewilligten, um denselben die ersten noch im vorigen Jahre die große Auspöterung vorzunehmen. Auch ist die Zimmerer-Organisation in Spandau organisiert, auch ihnen ist von den Unternehmern im Wege der Verabbarung der 50 Pfennig-Stundenlohn zugesichert worden. So ist für absehbare Zeit Frieden in das Baugewerbe in Spandau eingeleitet, nur — weil die Arbeiterorganisation eine gute ist! — öffentlich lernen die übrigen Spandauer Arbeiterkategorien hieraus!

Deutsches Reich.

An die Arbeiter Deutschlands! Arbeiter, Genossen! Seit sechs Wochen bekümmern sich die Arbeiter der Kohledarfabrik von Falk u. Schüt in Bilster in Holstein im Abwehrstreik. Da die Arbeiter einmütig zusammenhalten und es der Firma unmöglich war, Arbeitswillige zu bekommen, glaubt das Unternehmertum nunmehr, begünstigt durch die etwas flauere Konjunktur, die Arbeiter durch Hunger zur Reason bringen zu können. Die Firma Gebr. Bödme hier hat am 24. Juni 281 Arbeiter ausgesperrt und man hat auch versucht, andere Kohledarfabrikanten in der Provinz zu diesem Schritt zu veranlassen. Die Fabrikanten beabsichtigen, die Organisation zu sprengen (es gehören 94 Proz. der Ausständigen dem Verband der Lederarbeiter Deutschlands an), sowie elfstündige Arbeitszeit und 15prozentige Lohnreduktion einzuführen. Nach sechs-wöchentlichem Kampfe ist noch kein Abtrümmiger zu verzeichnen; ein Zeichen des Klassenbewußtseins der Arbeiterchaft. Es befinden sich im Ausstand 601 Personen; davon sind 397 Familienväter mit 950 Kindern, 104 Ledige und Frauen.

Arbeiter, Genossen! Diese Zahlen beweisen Euch, welche großen Opfer hier gebracht werden müssen. Außerdem werden keine Leute aus Bilster anderwärts eingestellt und kann der Kampf nur teilweise erleichtert werden. Der Verband der Lederarbeiter hat schon viele Kämpfe in diesem Jahre durchzuführen müssen und sehen wir uns veranlaßt, an die Opfertätigkeit der deutschen Arbeiter zu appellieren.

Arbeiter! Stets wo es galt, kämpfende Arbeiter zu unterstützen, haben die Lederarbeiter Bilsters voll ihre Pflicht getan und im Bewußtsein ihrer treuen Pflicht, richten wir an alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter die Bitte, uns im Kampfe um das Koalitionsrecht pekuniär zu unterstützen. Gelder sind an O. Klemm, Herberge Ahrens, Bilster in Holstein zu richten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Ortsvorstand des Lederarbeiter-Verbandes.

J. A.: August Winkel.

Für den Centralvorstand.

J. A.: H. Weiswanger-Berlin.

An die Textilarbeiter Deutschlands! Was lange vorauszuhehen war, ist zur Thatfache geworden. Vor Monaten schon beschäftigten sich die Elberfelder Färber in Versammlungen mit einer Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Sie wählten eine Kommission, welche die zu stellenden Forderungen an die Herren Fabrikanten formulieren sollte. Das geschah. Diese Forderungen, welche von dem größten Teil der Färber Elberfelds in einer späteren Versammlung anerkannt wurden, lauten: 1. zehnstündige Arbeitszeit, 2. Minimallohn von 21 M., 3. Verzählung der Leberstunden mit 50 Pf., 4. menschenwürdige Behandlung. — Am 3. Juli richteten die Färber in sämtlichen in Betracht kommenden Färbervereinen diese Forderungen ein, es erfolgte aber seitens der Arbeitgeber — einzelne Ausnahmen abgerechnet — besonders der Inhaber großer Betriebe, eine abschlägige Antwort. Hieraus legten von ca. 400 beschäftigten Färbern 300 die Arbeiter nieder. Unter den in Arbeit bleibenden 90 Personen befinden sich 50 Lehrlinge, aber auch auf die übrigen 40 Personen können die Herren Fabrikanten wenig rechnen, da es sich meistens um ältere Leute handelt.

Da nun aber die Klassen der hiesigen Gewerkschaften schon durch die jüngsten Lohnkämpfe, welche im Rheinland stattgefunden haben, stark in Anspruch genommen wurden — wie ja die Opferwilligkeit der Buppenthaler Arbeiter bekannt ist — sehen wir uns veranlaßt, die gesamte deutsche Arbeiterchaft bei unserm Kampfe in Anspruch zu nehmen.

Alle Geldsendungen sind zu richten an Jos. Brück, Elberfeld, Wälfratherstraße 17.

Alle anderen den Lohnkampf betreffenden Fragen bereitwilligst zu beantworten nicht bereit erklärend, zeichnet mit kollegialischem Gruß im Auftrage des Agitations-Komitees der Textilarbeiter für Rheinland und Westfalen

Karl Schmidt, Elberfeld, Wierkerstr. 71.

Elberfeld, den 11. Juli 1899.

(Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.)

Im Waldenburger Bezirk ist ein heftiger Kampf zwischen den Tischlergesellen und deren Meistern entbrannt. Die Tischlerinnung hat die Meister durch Namensunterzeichnung und Ehrenwort verpflichtet, die Forderungen der Lohnkommission des Holzarbeiter-Verbandes nicht zu bewilligen, vor allem aber die zehnstündige Arbeitszeit abzulehnen. Ferner sollen die Streikenden nicht mehr eingestellt werden; ein Mitglied der Lohnkommission ist auf Betreiben der Meister von seinem Meistertum entlassen worden. Die Innungsbrüder suchen nun Ersatz aus Böhmen heranzuziehen.

Wegen Verleumdung von Streikbrechern wurde vom Schöffengericht in Frankfurt a. O. am Montag der Steingutdreher M. R. zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. R. soll drei Streikbrecher in einer Wirtschaft beschimpft haben. Nachdem R. wieder zur Arbeit zurückgeführt, zogen zwei der Verleumdiger ihre Strafanträge zurück. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß es gefährlich werden müsse, daß der Angeklagte arbeitsfreudige und

arbeitswillige Arbeiter an der Arbeit habe hindern wollen, hielt aber in Anbetracht der inzwischen erfolgten Verjährung obige Strafe für ausreichend.

Arbeitsnachweis der Maurer Braunschweigs. Die Kommission der Braunschweiger Maurer bittet uns, nachstehendes zu veröffentlichen:

An die Maurer Deutschlands! Daß unsere Forderung von 45 Pf. Stundenlohn in diesem Jahre von der größten Mehrzahl der Arbeitgeber anerkannt ist, wird allgemein bekannt sein. Wenn wir auch die übrigen Forderungen, Lohnerhöhung bei Wasserarbeiten usw. fallen gelassen haben, so sind wir doch voreerst mit dem Erreichten zufrieden. Das Beste, was wir in diesem Jahre erreicht haben, ist wohl, daß wir uns einen Arbeitsnachweis geschaffen haben, aus welchem fast sämtliche Arbeitsstellen belegt werden. Auch die Unternehmer sind sehr damit zufrieden, da ihnen von uns gute Leute zugeführt werden, was sie uns zum Teil selbst belohnt haben. Kollegen! Wir alle sind wohl der Meinung, daß ein Arbeitsnachweis in Händen der Arbeiter einen großen Fortschritt in unserer Bewegung bedeutet. Selbst die Unternehmer haben es hier in Braunschweig versucht, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen, was aber mißglückte, da sich nur die minderwertigen Kollegen dort meldeten. Um nun diese Waffe in unseren Händen zu festigen, liegt es hauptsächlich an den hier zureichenden Kollegen, die hienüt erjagt werden, wenn sie nach Braunschweig kommen, sich zunächst auf das Bureau der Kommission im Rheinischen Hof, Wendenstraße 45, zu begeben und sich dort zu melden. Also nochmals, Kollegen, beherzigt dieses und unterstützt uns in dieser Sache. Wir werden sämtliche Kollegen, soweit Arbeit vorhanden ist, berücksichtigen.

Handwerker am Niederrhein. Die Handwerker in Saanthen, welche hauptsächlich in den umgebenden Ortshäusern, wie Hälz, St. Lönis, St. Hubert, Sächeln usw. wohnen, haben einen Ausdritt erwirkt, welcher mit den Fabrikanten um eine Lohnerhöhung von 30 pCt. unterhandeln soll. Ihr Durchschnittsverdienst pro Woche hat nur 10 M. betragen; nach den geforderten Zusätzen würde er sich auf 13—14 M. erhöhen. Einzelne Fabrikanten haben sich zu einer Lohnerhöhung vom künftigen September verstanden, während andere sich ablehnend verhalten. Die Handwerker geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, ihre Forderungen durchzusetzen.

Sachen am Rhein. Am Sonntag wurde in Mülheim a. M. Rhein durch den überwachenden Polizeikommissar Krüppel eine von dem Hiesigen Dunderdier Gewerbeverein der Maschinenbauer veranstaltete Protestversammlung gegen die Zuchtassessoratsvorlage aufgelöst, als unter Parteigenosse Glöckner aus Köln in der Diskussion redete. Die unbedeutend und gegenwärtig das Verhalten der Beamten ist, mag man an den Worten erkennen, derentwegen die Auflösung erfolgte. Glöckner sagte: „Die Arbeiterchaft hatte am meisten die Notwendigkeit der Solidarität empfunden, weil sie von jeder, unterdrückt und unterdrückt von dem Unternehmertum und Regierungen... In diesem Augenblick erhob sich der Polizeikommissar und erklärte: „Ich löse hienüt die Versammlung auf!“ Es wurden allgemeine Rufe des Erbarmens und der Entrüstung laut. Glöckner ermahnte, ruhig zu sein und den Saal zu verlassen; er erklärte, gegen das Vorgehen des Beamten würden die erforderlichen Schritte gethan werden. Die Versammlung, die von 350 Personen besucht war, verließ demnach auch in aller Ruhe den Saal.

Die Spinner der Gladbacher Kammgarnspinnerei sind, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, in den Ausstand getreten. Darauf hat die Direktion sämtlichen Ausständigen die Wohnungen gekündigt.

Hier zeigt sich wieder einmal, was es mit den sogenannten „Sozialfahrts-Einrichtungen für Arbeiter“ auf sich hat. Sie dienen — namentlich gilt dies von den Arbeiterwohnungen — als das beste Mittel, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln — ein Gemisch aus Lohnbewegungen.

Lohnbewegung der Krähnenführer in Frankfurt a. M. Die Stadt hatte den Krähnenführern im Koblenhofen 20 Pf. Lohnzuschlag pro Tag bewilligt, jedoch diese nur 8,20 M. Tagelohn hatten. Dafür sollten sie aber des Morgens 20 Minuten früher anfangen, als die übrigen Arbeiter im Hafen. Damit sind die Krähnenführer nicht einverstanden und nahmen deshalb die Arbeit nicht auf.

Vom Frankfurter Zimmererstreik. Die Lage des Streiks hat sich am Ende der zweiten Woche zu Gunsten der Streikenden verändert, denn gestern meldeten sich zur Kontrolle von den Streikenden nur noch 46 Mann und von diesen kamen am Montag, den 10. Juli, weitere 19 Mann zu den neuen Bedingungen in Arbeit. Bewilligt haben 25 Unternehmer, bei denen 152 Mann in Arbeit sind. In der Umgebung von Frankfurt arbeiten 184 Mann. Trotzdem der Verband baugewerblicher Unternehmer von Frankfurt a. M. überdies hin aufgefordert hat, seinen der Streikenden einzustellen, gehen täglich bei der Lohnkommission Nachfragen ein nach Zimmerleuten, die nach außerhalb gewünscht werden.

Der Maurerstreik in Darmstadt ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet.

Die Maurer in Meerane hatten beschlossen, das Einigungsamt beim Gewerbegericht anzurufen. Der Stadtrat hat auch eine Besprechung mit den Arbeitgebern arrangiert, die aber erklarten, keinen Auftrag zu haben. Auch das fernere Verhalten der Unternehmer ließ keinen Zweifel darüber auskommen, daß diese keine Einigung wollen.

Die Tischlergesellen von Heidelberg i. B. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit; 2. Erhöhung der Löhne um 15 Proz.; 3. für Leberstunden und Sonntagsarbeit 25 Proz. Zuschlag; 4. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister.

Zur Beilegung des Kampfes zwischen den Stuttgart-Webstuhlfabrikanten und den Möbelwerkstätten hat der dortige Stadtschlichter Gauß Unterhandlungen angebahnt. Die Möbelwerkstätten haben aber erklärt, nur dann zur Verhandlung bereit zu sein, wenn die Arbeiter vorher auch ihre letzte Hauptforderung, die neunstündige Arbeitszeit, fallen lassen. Diese Annahme beweist, daß die Unternehmer aus dem Streik eine Wachtfolge machen wollen. Wenn man sich einigen will, hat man nicht im voraus Bedingungen zu stellen, aber die ja gerade die Verhandlungen gepflogen werden sollen. Öffentlich werden die Wachtfolge der Unternehmer an der Solidarität der Arbeiter scheitern.

Zum Stand des Streiks selbst macht das Streikkomitee folgendes bekannt: „In den letzten Tagen haben wir wiederholt in Erfahrung gebracht, daß auswärts das Gerücht verbreitet wird, unser Streik sei beendet. Wir richten deshalb an die gesamte Arbeiterpresse die Bitte, darauf hinzuweisen, daß der Streik fortbauert und daß der Zugang ferngehalten werden muß.“

Schwarze Listen und Führungstafel gehören zu den beliebtesten Mitteln der Unternehmer, die Arbeiter unter ihrer Krante zu halten. Vor uns liegen zwei Führungstafeln, welche die „Harpener Bergbau-Arbeiter-Gewerkschaft“ zwei ihrer Arbeiter bei deren Abkehr ausbändigte. Beide haben sich nach dem Zeugnis des Betriebsführers „gut geführt“, der eine aber „mühte wegen Beteiligung am Streik entlassen werden“ und der andere „ist bei Ausbruch des Streiks als Mädelstähler aufgetreten“.

Hoffentlich haben die betreffenden Arbeiter ihr Recht bei der zuständigen Stelle geübt, denn die Kennzeichnung der Arbeiter durch derartige Bemerkungen im Entlassungszeugnis ist ungesetzlich.

Im Augsburger Maurerstreik. Augsburger Blätter melden unterm 10. Juli: Gestern abend wurden etwa 30 arbeitswillige Maurer, die sich von auswärts hierher zur Arbeit begeben wollten, in der Nähe der Stadt von streikenden Arbeitern überfallen, und nachdem der anführende Polier durch Schläge unschädlich gemacht worden war, in ein Wirtshaus geschleppt, wo sie die ganze Nacht

festgehalten wurden, um ihren Arbeitsantritt heute zu verhindern. Die Sache ist gerichtlich anhängig gemacht worden.

Dazu bemerkt die „Münch. Post“: „Die können die Wichtigkeit der Meldung zur Zeit nicht kontrollieren. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn sie sich bewahrheiten würde. Nehmen doch die Schlichter-Organen bereits Anlaß, den Fall nach ihrer Art zu fruktifizieren und neuerdings für die Zuchtassessoratsvorlage Reklame zu machen.“

Indes: Abwarten!

Ausland.

Im Hafen zu Antwerpen ist dem Dräffeler „Patriote“ zufolge ein Ausstand ausgebrochen, der sich auf verschiedene Arbeiterkategorien ausdehnt. Besonders fordern die Arbeiter für die Sonntagsarbeit und die Nachtarbeit einen Stundenlohn von einem Franc. Die Bewegung werde von allen katholischen und socialdemokratischen Vereinigungen unterstützt.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Frauen- und Mädchen-Lungenheilstätte soll im Walde bei Gommern (Provinz Sachsen) errichtet werden. Am Sonntag fand unter den üblichen Feierlichkeiten die Grundsteinlegung statt.

Die Zunahme der weiblichen Lehrkräfte an den öffentlichen Volksschulen Preußens war in den letzten Jahren sehr bedeutend. Nach der Fachzeitschrift „Aus der Schule“ — für die Schule“ betrug die Zahl der Lehrerinnen 1822 221 Proz.; 1834 2,98; 1846 7,16; 1855 8,3; 1864 9,14; 1875 8,10; 1886 11,83; 1896 14,90 Proz. der männlichen Lehrkräfte. Sie belief sich 1888 auf 6848, 1896 dagegen schon auf 10299. Zweidrittel aller Lehrerinnen (6679) antizien in Berlin, Westfalen und Rheinland. Auf dem Lande waren 3703 Lehrerinnen angestellt, also etwa ein Drittel der Gesamtzahl. Die Landlehrerinnen sind größtenteils katholisch (2926); nur 777 waren evangelisch. Die Domänen der Lehrerinnen sind die großen Städte. In den Metropolen des Ostens kommt auf zwei Lehrer in der Regel eine Lehrerin, im Westen dagegen sind beide Geschlechter vielfach in gleicher Zahl vertreten. Ganz allgemein ist die Verwendung in evangelischen Schulen geringer als in katholischen. So machen z. B. in den westfälischen Städten die evangelischen Lehrerinnen (219) nur ein Fünftel der evangelischen Lehrer (1013) aus, während die katholischen Lehrerinnen (552) den Lehrern (672) fast das Gleichgewicht halten. In den Städten des Regierungsbezirks Münster sind die katholischen Lehrerinnen (170) sogar zahlreicher vertreten, als die Lehrer (167). In den Bezirken Kresberg und Minden und im ganzen Rheinlande tritt uns dieselbe Erscheinung entgegen.

Die Frauen in der Berliner akademischen Leschalle. In der letzten Sitzung des Direktoriums der akademischen Leschalle lag ein Antrag vor, die studierenden Frauen, die bisher nur als außerordentliche Mitglieder der Leschalle angehört und einen höheren Beitrag als die Studenten zahlen müssen, für vollberechtigte Mitglieder zu erklären. Die Mehrheit des Direktoriums lehnte den Antrag ab.

So bringt das Jopstum wenigstens noch etwas ein: Höhere Beiträge — keine Rechte!

Unternehmer-Verbände.

Vörse und Handel. Ein neuer Ring hat sich am Sonnabend in Berlin gebildet. Im Central-Hotel fand am Sonnabendnachmittag eine Versammlung der Fett- und Delwaren-Fabrikanten Deutschlands statt, welche zur Gründung eines Fachvereins führte. In dem Circular, in welchem zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert wurde, war mitgeteilt worden, daß zur Erzielung besserer Preise dieser Ring gebildet werden solle. Zwei Firmen in Stettin und Grabow haben zwar keine unbedingte Zustimmung abgegeben, doch könnte gegen etwaige Gegner der Vereinigung mit Wachtmitteln (h) vorgegangen und die Firmen gezwungen (h) werden, dem Verein beizutreten. Der letztere wurde in der Versammlung konstituiert und die Sitzungen alsbald festgelegt. Gleichzeitg wurde beschlossen, den jährlichen Vereinsbeitrag auf 25 M. zu normieren. Es wurde ferner bestimmt, daß zunächst eine Erhöhung der Preise von Wagenfest stattfinden soll. Ebenso wird der neu gegründete Verein beim Reichstag dahin vorstellig werden, daß bei Einführung von Harzöl aus dem Auslande eine Steuer erhoben oder die auf Kohharz lastende Steuer beseitigt wird. Im Oktober d. J. wird in Eisenach eine Versammlung des Vereins stattfinden, in welcher über weitere Maßnahmen zur Erzielung besserer Warenpreise beraten werden soll. Für die Einhaltung der einmal festgesetzten Verkaufspreise soll durch Einführung einer Konventionalstrafe Sorge getragen werden. Der Verein will ferner eine Einkaufsgenossenschaft gründen.

Letzte Nachrichten und Deyelachen.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (B. V.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Darmstadt: Das Ministerium hat die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Geheimen Obersekretär Dr. Schiller in Wien beschlossen.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (B. V.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Rom: Die „Sun“, ein Organ der Administration, meldet den Militär des Kriegsministers Alger in Folge von Verdächtigungen mit dem Präsidenten.

Budapest, 12. Juli. (B. V.) Der Reichstag ist bis zum 28. September vertagt worden. Die Ausgleichsverhandlungen werden zum Teil im Laufe des Juli in Oesterreich und Ungarn in Kraft treten.

Brünn, 12. Juli. (B. V.) Ausständige Arbeiter der Firma Loew-Beer in Switawla erzwingen Gewaltthätigkeiten und Drohungen in der Spinnerei Retzi-Fischer in Botta-Kalotina die Einstellung der Arbeit. Gendarmen verhafteten dabei 54 Personen, welche wegen Verbrechen der Gewaltthätigkeit dem Gerichte eingeliefert wurden.

Brüssel, 12. Juli. (B. V.) Der Ausschuß des liberalen Bundes nahm einstimmig eine Tagesordnung an, welche die liberalen Gruppen auffordert, angesichts der Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage und insbesondere angesichts der Kommunalwahlen sich den übrigen oppositionellen Parteien zu nähern.

Paris, 12. Juli. (B. V.) Die Blätter veröffentlichen ein Schreiben des früheren Kolonialministers Lebou, in welchem dieser erklärt, er habe infolge amtlicher Berichte über die Möglichkeit einer Flucht Dreynus' die Hütte desselben mit Pallisaden umgeben lassen und angeordnet, so lange die Pallisaden unvollendet seien, Dreynus des Nachts in Eisen zu legen.

London, 12. Juli. (B. V.) Das ständige Personal der britischen Infanterie im Lager von Aldershot hat Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Südafrika bereit zu halten.

Bukarest, 12. Juli. (B. V.) Der Minister des Innern schärfte den Präfekten durch ein Circular ein, sich durch Inspektionsreisen über die Bedürfnisse und die Stimmung der Landesbevölkerung zu informieren, die schädliche Propaganda zu bekämpfen und die Gouernschaft auf die Gefahren aufmerksam zu machen, denen sie sich aussetzen, wenn sie der Propaganda Gehör schenken. Eine etwaige Revolte würde auf das Strengste geahndet werden.

Athen, 12. Juli. (B. V.) Der Minister des Krieges und der Marine brachten in der Kammer eine Vorlage ein, wonach die Regierung ermächtigt wird, zur Reorganisation der Armee zwei ausländische Offiziere zu berufen.

Kommunales.

Schulfrequenz. Es bestehen im laufenden Sommerhalbjahr in Berlin 229 Gemeindeschulen mit zusammen 4083 Klassen...

In der letzten Sitzung des Central-Ausschusses der Berliner Sanitätswachen, Unfallstationen und Rettungsgesellschaft wurde darüber verhandelt, wie weit die einzelnen Wachen die Behandlung der Patienten übernehmen sollen...

Lokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Wahlkreis veranstaltet am Sonntag einen Ausflug mit Familie nach Hirschgarten, Restaurant Dumort, zum Aussichtsturm.

Achtung, Parteigenossen! Die deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Martinitensfelde feiert am Sonnabend, den 15. Juli, in Carlshof in Hagensee ihr Sommerfest.

Am 22. Juli veranstalten die Arbeiter der Werkschiff in Firma Franke, Admiralstr. 19a, eine Krempelpartie, und zwar nach S t a h n s d o r f, Restaurant Weber.

Die Lokalkommission ist der Ansicht, daß genügend Lokale für Ausflüge zur Verfügung stehen und sie hofft, daß jeder Arbeiter die Lokalliste beachtet.

Ueber die Prügelpädagogik der Schwester Karola gerät die fromme Germania abermals in Verzückungen. Sie entriestet sich, daß die städtische Verwaltung den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausführung bringen will...

Nach unserer Meinung hat der Prozeß in zweiter Instanz an dem Sachverhalt nichts geändert und es läge auch nicht die geringste Veranlassung für die städtische Vertretung vor, einem Schritt mützig zurückzuweichen. Die Freisprechung der Schwester Karola ändert daran nichts...

Ein erneutes Vorgehen gegen die Rabatt-Sparvereine wird gegenwärtig in hiesigen gewerblichen Kreisen stark ventiliert. Der Centralverein selbständiger Gewerbetreibender für den Osten Berlins, welcher gegen 500 Mitglieder zählt...

Hygiene in den Barbierstuben. Vom Polizeipräsidenten finden in Barbier- und Friseurgeschäften Erhebungen darüber statt, wie die hygienisch-sanitären Anforderungen bei Bedienung der Kundschaft eingehalten werden.

Der Regierungreferendar Thomas alias Gerichtsassessor Stein wird seit einigen Tagen polizeilich gesucht. Der Herr mit dem wohlklingenden Titel ist ein Ergarmer, der zahlreiche auswärtige und hiesige Geschäftsleute und Gewerbetreibende hinein-gelegt hat.

Aus den Innungen. Die Aufsichtsbehörden haben den von früheren Innungsmeistern der freien Drechslerinnung erhobenen Protest gegen die Wahl von Sozialdemokraten in den Vorstand der neu konstituierten Innung zurückgewiesen.

In dem Inweleniebstahl beim Grafen Eulenburg wird jetzt mitgeteilt, daß das Plättchen Hedwig Daudersky diejenige Person war, die Wunderlich zum unaufrichtigen Verkauf der Diamanten und Perlen bewegen wollte.

Das Berliner Pflaster erwies sich gestern mittag in der Neuen Friedrichstraße als besonders gefährlich. Als dort ein Hausdiener den Streubehälter der Königsstraße mit einem Handwagen, auf welchem sich ein Ballon mit Säure befand, passieren wollte...

Nicht zeitgemäß ist ein Einbruch, der in der Nacht zum Dienstag auf dem Grundstück Alexanderstraße 55 ausgeführt wurde. Dort hat der Kirchhofsmeister Cronheim im Keller seinen Lagerraum, der zur Aufbewahrung eigener und fremder Pelzjaden dient.

Ein durchtriebener Vursche erschien dieser Tage im Milch-eller von Löwe, Grenadierstr. 26, um der aus dem Hinterzimmer in den Laden tretenden Verkäuferin Fingerhüte anzubieten. Gleich nach seiner Entfernung wurde der Hosenknopf vernichtet...

Ueberfallen und beraubt wurde in der Nacht zum Mittwoch der Handelsmann K. aus der Hauptstraße, der sich in angetrunkenem Zustande auf dem Rückhausewege befand. Um 11 1/4 Uhr wurde er von Strocheln angefallen, gemißhandelt und seiner Uhr und Barockschmuck beraubt.

Beim Anlegen des Riemens verunglückte gestern nachmittag eine Arbeiterin in der Fabrik der Firma Gebr. Koll, Waidhagen-Str. 28. Der Unfall entstand, weil, entgegen der Vorschrift, der Riemen auf die im Gang befindliche Maschine aufgelegt wurde.

Von einem Gängegerüst herabgestürzt und schwer verunglückt ist am Dienstagnachmittag 2 Uhr der Dachdecker Adolf Biersche, Krumme Straße 8 wohnhaft. B. befand sich in der Höhe der dritten Etage des Hauses Stuttgarterplatz 9, als plötzlich ein Giebelstein rief und er in die Tiefe stürzte.

Zu Bezug auf den Straßenhandel veröffentlicht das Polizeipräsident eine Verordnung, betreffend Veränderungen des § 1 der Polizeiverordnung vom 13. März 1898, die folgenden Wortlaut hat: Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850...

Der § 1 der Polizei-Verordnung vom 13. März 1898 wird dahin abgeändert und ergänzt, daß jeder Straßenhändler mit Gegenständen des Wochenmarktes auf den nachstehend bezeichneten Straßen bezw. Straßenteilen verboten ist:

I. Die Straße „An der Stadtbahn“ von der Straße „An der Spandauer Brücke“ bis zur Königsstraße, die Panoramastraße, die Gontardstraße, die Neue Friedrichstraße von der Straße „An der Spandauer Brücke“ bis zur Königsstraße, die Klosterstraße von der Neuen Friedrichstraße bis zur Königsstraße in westlicher und bis zur Kaiserstraße in östlicher Richtung...

II. Die Lindenstraße vom Velle-Allianzplatz bis zur Markgrafenstraße, die Friedrichstraße vom Velle-Allianzplatz bis zur Zimmerstraße, die Mauerstraße von der Leipzigerstraße bis zur Zimmerstraße, die Zimmerstraße von der Wilhelmstraße bis zur Friedrichstraße, die Kranen- und Schützenstraße zwischen der Mauer- und Friedrichstraße.

III. Die Dorotheenstraße und das Reichstagsufer von der Neuen Wilhelmstraße bis zur Neustädtischen Kirchstraße, die Schadowstraße.

IV. Die Lützowstraße von der Kirchhofsstraße bis zur Potsdamerstraße, die Genthinerstraße von der Kurfürstenstraße bis zum Schöneberger Ufer, die Magdeburgerstraße, Plumhof, der Magdeburger Platz, die Steglitzerstraße, das Schöneberger Ufer von der Genthinerstraße bis zur Potsdamerstraße.

V. Der Pappelplatz, die Invalidenstraße von der Gartenstraße bis zur Brunnenstraße, die Ackerstraße von der Invalidenstraße bis zur Hasserstraße, die Brunnenstraße von der Veteranenstraße (Invalidenstraße) bis zur Hasserstraße (Lothringersstraße), die Elisabeth-Kirchstraße.

VI. Die Craniensstraße vom Moritzplatz bis zum Craniensplatz, der Craniensplatz, die Craniensbrücke, die Dresdenstraße von der Aufseherstraße bis zum Craniensplatz, die Pulowstraße, die Waldemarstraße, die Waldemarstraße von der Adalbertstraße bis zum Elisabeth-Ufer, das Elisabeth-Ufer von Nr. 84 bis zum Engelbuden, das Lützen-Ufer vom Craniensplatz bis zur Ludowigsstraße, die Ludowigsstraße.

VII. Die Blumenstraße von der Markstraße bis zur Andreasstraße, der Grüne Weg von der Markstraße bis zur Koppensstraße, die Andreasstraße von der Kleinen Andreasstraße bis zur Großen Frankfurterstraße, die Krautstraße von der Kleinen Andreasstraße bis zur Großen Frankfurterstraße, die Große Frankfurterstraße zwischen Markstraße und Andreasstraße.

VIII. Die Büdlerstraße von Nr. 12 bis 31 und von Nr. 32 bis 51, die Mühlenerstraße von Nr. 1 bis 24 und von Nr. 49 bis 70, die Eisenbahnstraße von Nr. 1 bis 14 und von Nr. 34 bis 48, die Wangenstraße von Nr. 16 bis 31 und von Nr. 100 bis 122, die Mantelstraße von Nr. 13 bis 18 und von Nr. 112 bis 117.

IX. Die Bremerstraße von der Turmstraße bis zu den Hausnummern 17 und 63 einschließlich, der Arminiusplatz, der Turmstraße bis zum Bremerstraße, die Vuggenhagenstraße von der Bremerstraße bis zu den Hausnummern 4 und 40 einschließlich, die Jonasstraße, die Turmstraße von der Bremerstraße bis zu den Hausnummern 38 und 82 einschließlich.

X. Die Bergmannstraße von Nr. 1 bis 32 und von Nr. 71 bis 112, die Freiesfeldstraße von Nr. 1 bis 4 und von Nr. 24 bis 27, die Heimstraße von Nr. 1 bis 4 und von Nr. 21 bis 25, der Marienheideplatz, die Mariendorferstraße, die Roststraße von Nr. 12 bis 29 und von Nr. 31 bis 49, die Schenkenborfstraße von Nr. 1 bis 4 und von Nr. 6 bis 8, die Solmsstraße von Nr. 17 bis 48, die Jossenerstraße von Nr. 6 bis 47.

XI. Die gesamten Anlagen des Bötcher-Platzes, die Bötcherstraße von der Schönhauser Allee bis Nr. 35 einschließlich, die Dresdenstraße, Hausnummer 18 bis 53, die Brandstraße, Hausnummer 5 bis 12 und 52.

XII. Die Müllerstraße von der Chausseestraße bis zur Ringbahn-überführung an der Lützenstraße, die Chausseestraße von der Müllerstraße bis zur Lützenstraße, die Schulendorferstraße, die Kunkelstraße von der Dalldorferstraße bis zur Gerichtstraße, die Dalldorferstraße, die Jannstraße von der Müllerstraße bis zur Reimendorferstraße, die Ravensstraße, die Reimendorferstraße vom Reitelbedplatz bis zur Müllerstraße, der Reitelbedplatz, die Lindowstraße von Nr. 11 bis 18 und von Nr. 14 bis 16, die Gerichtstraße von Nr. 27 bis 33 und von Nr. 56 bis 60, die Pantstraße von Nr. 1 bis 3a und von Nr. 54 bis 56.

XIII. Die Passstraße von Nr. 6 bis zur Gleditschstraße, die Elsholzstraße von der Passstraße bis Nr. 7 einschließlich, die Winterfeldtstraße von der Probenstraße bis zur Waagenstraße.

Hinsichtlich der unter XIII aufgeführten Straßenteile gilt das Verbot nur für diejenigen Tage, an welchen auf dem Winterfeldt-Platz in Schöneberg Wochenmarkt abgehalten wird.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Berlin, den 6. Juli 1899. Der Polizeipräsident. In Vertretung. Friedheim.

Der Kampf um die Zwangsinnung für das Berliner Schuhmacherhandwerk wird von den streitbaren Innungsmeistern, Obermeister Bierbach, an der Spitze, mit großem Eifer fortgesetzt. Die Innungsbeamten lassen kein Mittel unversucht, um zu dem heißersehnten Ziele, zur Einführung der Zwangsinnung zu gelangen...

Vorausicht, daß im Falle des Zustandekommens der Zwangsvereinigung dieselbe auf Berlin beschränkt bleiben wird. Das paßt den Herren, welche ihren Machtbereich weit über Berlin hinaus ausgedehnt haben möchten, ganz und gar nicht in den Kram. Unter dem Vorbehalt, daß die Vororte mit nur wenigen Ausnahmen außer Landes seien, lebensfähige Zimmern zu bilden, daß durch diese Zersplitterung das Zimmernwesen geschädigt und den Vorortemessern kein Gefallen erwiesen werde, ist nun Herr Bierbach und seine Gefolgschaft eifrig bemüht, die Vorortemessern in ihrem Sinne zu bearbeiten, eine Abstimmung auch dieser herbeizuführen und einen Anschlag der Vororte an die erste und erhoffte Berliner Zwangsvereinigung durchzuführen. Da aber auch die Opposition nicht müßig ist und mit allen Kräften Herrn Bierbach entgegenwirkt, so tobt der „lustige Krieg“ im Schindmehrgewerbe fort bis zum Tage der Entscheidungsschlacht, wozu beide Heerlager mit begreiflichem Interesse entgegensehen.

Ein großes Löschungsgebot erfolgte Mittwochmittag nach Fichtestraße 22, wo in einem Wädrereller beim Ausdraten von Fett ein Brand entstand, der im Ru den ganzen Keller in ein Flammenmeer häßte, so daß die anwesenden Gefellen schleunigst die Flucht ergreifen mußten. Bei der enormen Rauchentwicklung wurde es der herbeigerufenen Wehr nicht leicht, zum Feuerherde vorzudringen, doch konnten schließlich die Flammen erstickt werden, bevor sie erheblichen Schaden angerichtet hatten.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch erfolgten gleichzeitig Alarmerungen nach Wilstr. 57 und Grönanerstr. 5. Im ersteren Falle handelte es sich um einen Zimmerbrand, der leicht beseitigt werden konnte. Der zweite Fall betraf einen Küchenbrand, der bei Ankunft der Wehr bereits größere Ausdehnung erlangt hatte und längeres Wassergeben erforderte. Infolge Anlufs am öffentlichen Wehler erfolgte ein Austritt nach Inselstr. 1. Der Thäter konnte nicht gefast werden. Andreasstr. 21 war Theater übergelocht und mußte das entzündete Feuer durch Aufwerfen von Sand erstickt werden. Ein Gardinenbrand verursachte einen Alarm nach Reinickendorferstraße 66. Außerdem mußte Christinenstr. 82 ein Schornsteinbrand längere Zeit beobachtet werden.

Aus den Nachbarorten.

Brix. Sonntag, den 16. Juli, findet hier in Veitge's Lokal, Chausseest. 89, das diesjährige Arbeiter-Sommerfest statt unter Mitwirkung des Musikvereins „Einigkeit“, der Arbeiter-Gesangsvereine „Brix“, „Melodia“, „Niddorfer Männerchor“ und der Mitglieder der Freien Turnerschaft Niddorfer-Brix. Regen Zupruch erwartet. Das Komitee.

Lauf Bekanntmachung der Gewerbe-Inspektion Berlin II für die Kreise Niederbarnim und Oberbarnim, deren Dienstämter sich in Berlin N.W., Heffischstraße 12, befinden, sind die öffentlichen Sprechstunden jetzt folgendermaßen festgesetzt worden:

1. Für den Kreis Niederbarnim: in den Dienststunden, Berlin, Heffischstraße 12, an jedem Montag abends von 6 bis 8 Uhr, sowie an jedem ersten und dritten Sonntag eines Monats von 12—1 Uhr mittags.
2. Für den Kreis Oberbarnim: in Eberwalde im Rathhaus, Sitzungszimmer des Magistrats, am Dienstag nach dem ersten Sonntag eines jeden Monats von 6—8 Uhr abends für Arbeitgeber und von 6—7 Uhr abends für Arbeitnehmer.

Die in Potsdam noch bestehende Schlachtsteuer hat wiederum bezüglich ihrer Erhebung eine weitere Ausdehnung erfahren. Dieser wurden die in Potsdam mit der Post eingehenden Palette für die Personen des Interoffizier- und gemeinen Soldatenstandes auf die Steuerpflichtigkeit ihres Inhaltes nicht geprüft, sondern ohne weiteres an die Ordonanzen der Truppenteile ausgehändigt. Die neuen städtischen Steuerbeamten sollen aber mehr Einnahmen erzielen, als die früheren königlichen Steuerbeamten, deshalb werden von jetzt ab die früheren Soldatenpalette auf dem Haupt-Postamt durch städtische Steuerbeamte untersucht, und wenn in demselben über 2 Pfund Fleischwaren enthalten sind, müssen dieselben versteuert werden. Zu bestimmten Zeiten, namentlich zu den Festtagen, wo vorzugsweise mit Lebensmitteln beschwerte Postsendungen oft fahrentweise für die einzelnen Regimenter ankommen, sollen dieselben in Gegenwart von Steuerbeamten in den Kasernen an die Empfänger ausgehändigt und auf Verlangen der Beamten unter ihren Augen geöffnet bzw. versteuert werden. Daß die Potsdamer Gardisten über diese Besteuerung, die viele, welche nur auf ihren Sold angewiesen sind, recht unangenehm belastet, wenn sie von Hause Lebensmittel geachtet erhalten, wenig erfreut sind, ist begreiflich. Der Magistrat hat deshalb den Versuch gemacht, von der Militärverwaltung eine jährliche Abfindungssumme für diese steuerpflichtigen Soldatenpalette zu erhalten, was indessen bisher ohne Erfolg geblieben ist. Ein herrliches Steuersystem, das dem Steuerpflichtigen gestattet, sogar von dem geringen Sold des Soldaten einen Tribut einzufordern.

Ein Unfall im Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau, durch welchen ein Arbeiter leicht sein Augenlicht hätte einbüßen können, hat sich Dienstagmittag zugetragen. Bei dem Einlegen eines Bolzens in das Dampfstrahlgebläse der Abfangvorrichtung im Anallodier-Laboratorium, welche Arbeit von einigen Arbeitern unbefugterweise vorgenommen wurde, erfolgte eine Entzündung in dem Gebläse von der Anallodier-Laboratorium abgelenkten Kristallinischen Salze. Hierbei erlitt ein Arbeiter Spritzwunden im Gesicht, die ihn zwingen, einige Tage die Arbeit einzustellen.

Neue Straßenbahnlinsen nach dem Botanischen Garten und Grunewald. Zwei wichtige Straßenbahnprojekte, von denen eins bereits vor mehreren Jahren, als man mit dem Plan umging, den Botanischen Garten nach Dahlem zu verlegen, von dem Dampfstraßenbahn-Konjortium vorbereitet wurde, werden zur Zeit von den beteiligten Kreisen in Erwägung gezogen. Zunächst handelt es sich um die Schaffung einer direkten Linie vom Zoologischen Garten aus nach der Nordseite des neuen Botanischen Gartens. Diese Linie soll zunächst die Trasse der durch die Kaiserallee nach Steglitz führenden Linien verfolgen, an der Friedenauer Straße abzuweichen und durch die Gohlerstraße, Odenwaldstraße und deren Verlängerung nach dem Botanischen Garten führen. Ein zweites Projekt betrifft eine direkte Verbindung von der Prachtstraße Schöneberg - Friedenau - Steglitz aus nach dem Grunewald. Ein schmurgerader Weg, der eine ganz bedeutende Abkürzung der durch die Grunewaldstraße führenden Linie bedeutet, ist gegeben durch die Schmaragdstraße in Friedenau, die Kaffelerstraße und die neuangelegte Wiesbadenerstraße auf Bilmersdorfer Gebiet. Diese Linie jähneidet am Friedrich-Wilhelmsplatz in Friedenau die im zuerst erwähnten Projekt bezeichnete, so daß sie auch für den Verkehr nach dem Botanischen Garten in Betracht käme. Für alle nach Schöneberg führenden Linien, die später ihren Endpunkt in Friedenau erhalten sollen, würde mit den beiden Projekten die Möglichkeit einer Verlängerung nach dem Botanischen Garten und nach dem Grunewald gegeben. In weiterer Ferne liegt ein drittes Projekt, eine Linie, die im Anschluß an die städtische Vorortbahn von Tempelhof aus durch Neu-Friedenau über die neue Brücke durch die Saar- und Kirchstraße führen und auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz münden soll.

Die neuen Wählerlisten für das Rechnungsjahr 1899 in Charlottenburg zeigen abermals eine bedeutende Verschiebung zu Gunsten der ersten Klasse. Gegen das Jahr 1897 ist die Zahl der Wähler dritter Klasse um nicht weniger als 4820 gewachsen und beträgt jetzt 27 254, denen nur 1292 Wähler zweiter und gar nur 249 Wähler erster Klasse gegenübersteht. Die beiden oberen Klassen haben sich in zwei Jahren nur um 181 in der zweiten und 18 in der ersten Klasse vermehrt. Gegen das letzte Jahr 1898 sind gar nur 2 Wähler erster Klasse hinzugekommen, da die Anforderungen an die Steuerfähigkeit der Wähler dieser

Klasse fortgesetzt wachsen. Dagegen hat das letzte Jahr 1901 neue Wähler dritter Klasse gebracht. Auf einen neuen Wähler erster Klasse kommen also volle 950 Wähler dritter Klasse. Auch in der zweiten Klasse war der Zugang im letzten Jahre verhältnismäßig gering. Er betrug nur 61 Wähler, also 3mal weniger als in der dritten Klasse. Aus dem allen geht hervor, daß die beiden oberen Klassen mehr und mehr stabil bleiben, während die dritte Klasse mit der Zunahme der Bevölkerung wächst. Nach dem jetzigen Stande kommen auf einen Wähler erster Klasse über 5 Wähler zweiter und fast 110 Wähler dritter Klasse. Die Summe eines Wählers mit einem Steuerbeitrage von mindestens 3189 M. hat also 110mal so viel Gewicht als die Summe eines Wählers, der nicht mindestens 741 M. Steuern bezahlt.

Der Staat war wieder einmal in Gefahr! Aus Weihensee wird uns geschrieben: Am 10. Juli machte der Fischverein selbständige Droschkenfahrten zu Weihensee eine Landpartie in ihren Droschken. Wie das nun üblich, besorgte jeder Führer seine Droschke nach seinem Geschmack. Da war nun einer, dem hatte es die rote Farbe angetan, denn sein Fuhrwerk und Pferd prangten im roten Papierschmuck. Die Teilnehmer hatten zur Abfahrt den Antonplatz ausgewählt und so wollte es der Zufall, daß auch ein Genosse, der gewiß keine Feinde an den Dunt ausgedenkt fuhr, zufällig dabei war, zugegen war. Er mußte jedoch den rot Dekorierten gar nicht bemerkt haben. Am Antonplatz hat nun die Eisenwaren-Firma Gerde u. Wolfram ihr Geschäftsfotel, deren Firmenträger in seinem Geschäft die Arbeiterfreundlichkeit selbst ist, weshalb auch sehr viele Arbeiter bei der Firma kaufen. Auch Herr Wolfram trat aus seinem Laden und sah sich die vor ihm stehenden Fuhrwerke mit städtischem Wohlgefallen an. Als aber sein Blick auf den rot Dekorierten fiel, kniff er unwillkürlich die Augen zu, rief den Genossen herbei und sprach mit ihm geheimnisvoll einige Worte. Gleich darauf kam derselbe auf den Führer der roten Droschke mit Entschlossenheit zu und forderte im Amüßigen, alle roten Sachen von dem Wagen zu entfernen. Jedoch hatte der Beamte keinen Erfolg mit seiner Anweisung, da sich der Führer dieses Wagens weigerte, der Anordnung nachzukommen, besonders, da er sich einer strafbaren Handlung nicht bemußt war — und deshalb fuhr auch die rote Droschke durch Berlin.

Einem guten Gang hat die Schöneberger Kriminalpolizei mit der Festnahme eines „schönen Jungen“ gemacht. In letzter Zeit waren in der Stadt verstreute Schloßasienbühnen und sonstige Eindrücke verübt worden, deren Thäter dieselben Personen sein mußten. Als nun am Sonntagabend in der Hauptkirche bei dem Tapezierer A. eingebrochen war, hatte man kurz vor Ausführung des Einbruchs den in der Verdachtsliste unter dem Spitznamen „Vom-Alte“ bekannten, obdachlosen 24jährigen Arbeiter Albert Marowski in der Nähe des Thäortes gesehen, weshalb die Kriminalpolizei sofort Nachforschungen nach dem Verbleib des M. anstellte, welcher mehrere Sachen auf dem Herdholz hat. „Vom-Alte“, welcher ein sehr intimer Freund des vor einigen Wochen verhafteten Gelegenheitsarbeiters Buchholz ist, soll mit diesem den von ihm seinerzeit mitgeteilten Eindruck in die alte Schöneberger Kirche ausgeübt haben, und wurde deshalb von der Polizei eifrig gesucht, die ihn am Montagabend festnehmen konnte. W. der sich einige Zeit verborgen gehalten hatte und auch nach Werder a. H. gewandert war, wo er sich als Kirchenschüler ein paar Pfennige verdient hatte, wurde in der Werderburgerstraße dingfest gemacht.

Die Zigeuner sollten zwei kleine Mädchen aus der Potsdamerstraße in Charlottenburg einfließen lassen. Aber man hat die Zigeuner zu Unrecht in diesem Verdacht gehabt. Die Kinder waren spazieren gegangen, von der Potsdamerstraße nach dem nahen früheren Marktplatz, dann über die Wallstraße nach der Bismarckstraße und fanden sich bald in den ihnen unbekanntem Gegend nicht mehr zurück. Schließlich hatten sie sich sogar von einander getrennt, und jedes war allein weiter getrotzt. Gegen 8 Uhr abends wurde dann die kleine Anna Pivorkovsk von einem Schuttmann nach dem Polizeirevier in der Ansehstraße gebracht; die ein Jahr ältere Frieda Marck war bis in die Warburgerstraße gelangt und als ihr bange wurde, im dortigen Polizeirevier aufgenommen.

Geriats-Beitrag.

Mit Bezug auf die Vermutung neuer Gebäude hat das Kammergericht eine wichtige Entscheidung gefällt, bei der es sich um die Auslegung der Baupolizei-Ordnung für Berlin vom 15. August 1897 handelt. Diese Verordnung verbietet, daß Wohnungen „in Benutzung“ genommen werden, als der Gebrauchszweck erfüllt ist. Hiergegen sollte sich der Hauseigentümer Weidel verweigert haben. Der Gebrauchszweck sei sein neues Haus war ihm erst im Januar d. J. erteilt worden, während ein Mieter schon im Dezember 1898 in der fraglichen Wohnung Wirtschaftsgegenstände aufgestellt hatte. Weidel wurde in allen drei Instanzen verurteilt. Das Kammergericht führte zur Begründung folgendes aus: Allerdings erfolge die betreffende Bestimmung der Baupolizei-Ordnung vorzugsweise sanitäre Interessen, daneben wolle sie aber auch Interessen der allgemeinen Sicherheit vertreten. Die Sicherheit des Einzelnen könne nur zweifellos mit Bezug auf sein Eigentum dadurch gefährdet werden, daß... vor der Gebrauchszwecknahme Möbel in eine Wohnung hineingestellt; es könne z. B. die Decke einfallen und seine Sachen beschädigen. Der Einwand, daß es sich hier nicht um den Aufenthalt von Personen in einer noch nicht für gebrauchsfähig erklärten Wohnung, sondern nur um Sachen handle, sei also hinsichtlich Abgehen davon, lasse sich indessen das Verbot jeder „Gebrauchszwecknahme“ von Wohnungen, für die der Gebrauchszweckszweck noch nicht erteilt sei, schon allein aus sanitärpolizeilichen Rücksichten rechtfertigen. Es genüge die Anführung eines Grundes: durch die Aufstellung von Möbel in einer solchen Wohnung könne das Ausströmen der Wärme verhindert werden. Das Landgericht habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der angeklagte Hauseigentümer Weidel die Inbetriebnahme der Wohnung gebildet habe. Ob der Angeklagte selbst die Möbel hineingestellt oder ob er es nur gebildet habe, sei dem fraglichen Verbot gegenüber völlig gleichgültig.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten) sprach Dr. Wehl am Dienstag über das Thema: Der Alkoholismus und die Arbeiter. Der Redner ging von der Ansicht aus, daß nicht jeder Gemüts alkoholischer Getränke, sondern nur der Mißbrauch des Alkohols zu belämpfen sei, und kam, nachdem er die Unmöglichkeit im Alkoholgenuß entschieden verurteilt hatte, zu dem Schluß, daß die deutschen Arbeiter keine Ursache hätten, in gesonderten Vereinen den Alkoholmißbrauch zu belämpfen, denn da der Konsum alkoholischer Getränke in Arbeiterkreisen wesentlich in sozialen Verhältnissen seinen Grund habe, und jede Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eine Verminderung des Alkoholgenusses zur Folge habe, so schließe die Verbreitung der Sozialdemokratie auch die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in sich. Das Thema des Vortrages hatte begrifflicherweise auch einige kritische Gegner des Alkoholgenusses zum Bezug der Versammlung veranlaßt. Es waren namentlich zwei Mitglieder des Enttempler-Bundes, die in der Diskussion für absolute Enthaltensamkeit eintraten. Andere Redner führten demgegenüber aus, daß zwar der übermäßige Genuß des Alkohols, namentlich des Schnapses, entschieden zu belämpfen sei, daß aber ein mäßiger Biergenuß unter gewissen Umständen sehr zuträglich und deshalb nicht zu verwerfen sei. Die Stellung, welche die große Mehrheit der Versammlung zum Alkoholgenuß einnimmt, kam wohl am deutlichsten

zum Ausdruck in der Heiterkeit und dem lebhaften Beifall, womit der Schluß der Ausführungen des Genossen Wehls aufgenommen wurde, welcher sagte: Ich meine, wenn wir in der Lage sind, gut zu essen, dann schadet uns ein Glas Bier oder ein kleiner Schnaps gar nichts.

In der Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer, welche am 10. Juli im Grand-Hotel tagte, führte Schulz zum Bericht des Vorstandes aus: In verschiedenen Vertikalen seien Differenzen ausgetrieben, die aber bis auf Felder u. Plathen zu gegenseitiger Zufriedenheit erledigt wurden. In letzterer Hinsicht liege es nur an den dort Beschäftigten, daß nichts zu erreichen sei, und kritisiert Redner scharf das Verhalten derselben. Dem Bericht des Kassierers zufolge betrug die Einnahme in diesem Quartal 3380,00 M., die Ausgabe 4087,50 M., mithin Rehrausgabe 1286,90 M., bleibt ein Kassenbestand von 6088,68 M. Dem Kassierer wurde Entlastung zu teil. Zur Aufnahme hatten sich in diesem Quartal 197 gemeldet, davon wurden 192 als Mitglieder bestätigt. Als Schriftführer wurde Max Strobach, als Beisitzer Strig, als Redner Kogowski gewählt. Der Antrag des Vorstandes: Diejenigen Kollegen, welche übertreten und 13 Wochen in einer anderen Organisation bezahlt haben, erhalten bei uns dieselben Rechte, welche der Verband den Mitgliedern bei 13 Wochen Beitragszahlung gewährt, wurde angenommen, desgleichen der Antrag Schulz: Den Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung bezüglich des Ausschlusses der Kollegen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, aufzuheben. Der Antrag Schulz: Den Mitgliedern die Großsire über die „Zuchthausvorlage“ gratis zu verabfolgen, wurde abgelehnt. Beschlüsse wurde: bei Todesfällen der Mitglieder jedesmal eine Todesanzeige für sie im „Vorwärts“ einzuschicken. Ausgeschlossen aus dem Verband ihres unsolidarischen Betragens wegen wurden die Mitglieder Koffer, Häbner, Prodrick und Kobeg. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Holz- und Bretterträger hielten am Dienstag eine gute Besuche Versammlung ab, in der Karnal den Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung erstattete. Wie er und die übrigen Mitglieder der Lohnkommission mitteilten, sind die Forderungen der Arbeiter im allgemeinen von den größten Firmen bewilligt worden, so daß nur noch etwa 20 Ausständige vorhanden sind, die möglichst bald unter den neuen Bedingungen: zehnjährige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn und erhöhte Accordpreise, wieder angestellt werden dürften, da genügend Arbeit vorhanden ist. Jedenfalls habe man mit der diesjährigen Lohnbewegung einen bedeutenden Erfolg erzielt, im Gegensatz zu früheren Jahren. Es kam sich für die Zukunft nur darum handeln, die erlangenen Lohnaufbesserungen und Verkürzung der Arbeitszeit, mögliche Vereinfachung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit, aufrecht zu erhalten, um in einer späteren Zeit das bisher Versäumte nachzuholen. Die große Zahl der Bretterträger möge aber bedenken, daß man diesen günstigen Erfolg hauptsächlich nur der Organisation zu verdanken habe, weshalb ein jeder es auch für seine Pflicht erachten müsse, Mitglied der Organisation, d. h. des „Fischereivereins der Holz- und Bretterträger für Berlin und Umgebung“ zu werden, und die geringen Opfer der Beiträge nicht scheuen dürfe. Auch werde man darauf bedacht sein müssen, einen Streikfonds zu gründen, um die Mittel zu schaffen, den Kampf mit dem Unternehmertum jederzeit aufzunehmen und mit Nachdruck durchzuführen zu können; ferner müsse ein jeder Bretterträger es sich angelegen sein lassen, nur Arbeiterblätter und den „Vorwärts“ zu lesen, um sich dadurch die notwendige Aufklärung für die gesamte Arbeiterbewegung zu verschaffen und sich den übrigen Arbeitern würdig zur Seite zu stellen. Die Mitgliederversammlungen der Organisation pünktlich und zahlreich zu besuchen, müsse die vornehmste Bedingung aller Holz- und Bretterträger sein. Da eine weitere Fortsetzung des Streiks nicht mehr erforderlich, gelangte mit allen gegen 2 Stimmen ein Antrag zur Annahme: den Ausstand der Holz- und Bretterträger nunmehr für beendet zu erklären. In der bis gegen Mitternacht währenden Besprechung meldete sich u. a. eine junge Dame (Kassiererin) zum Worte, um zu erklären, daß sie die Forderungen der Arbeiter für vollkommen berechtigt halte. Nach Erledigung einer Reihe innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Textow. Ueber die „Zuchthausvorlage“ referierte hier am Sonntag Schubert, Schöneberg. An der Hand eines zahlreichen Referentialmaterials gab er ein anschauliches Bild der fortgeschrittenen Verschlechterungen des seit 30 Jahren bestehenden Koalitionsvertrages. Eine vom Referenten befürwortete Resolution fand einstimmige Annahme.

Vermischtes.

Eine unerschliche Erfahrung. Nach geradezu entsetzlicher Fahrt ist, wie aus Sydney berichtet wird, das deutsche Dampfschiff „Eldel“, Kapitän Tabin, ein holländischer Biermaster von 2129 Tonnen, in den dortigen Hafen eingelaufen. Der Fahrt von Melbourne nach Newcastle in Neu-Süd-Wales stellte sich ein fürchterlicher Orkan ein. Der Kapitän, mit Ausnahme von 300 Tonnen Mehl und Häcksel, denen das Schiff gewissermaßen seine Rettung verdankt, aus Güterresten bestehend, geriet vermöge seiner schlafprigen Natur ins Rollen und sozusagen im Handumdrehen lag das Schiff in einem Winkel von 70 Grad. Die Lage war, wie man sich denken kann, fast eine verzweifelte, da das Fahrzeug, auf dem man nur noch auf dem Wauche liegend mühsam kriechen konnte, jeden Augenblick zu kentern drohte. Im Augenblicke der höchsten Not wurden alsdann die Masten und Masten geklappt und dieser Umstand im Verein mit der brillanten Disziplin der Besatzung hat die „Eldel“ denn auch wirklich vor dem Schlimmsten bewahrt. Kein Tage trieb das Schiff dann noch auf den Wellen herum, bis das Wetter sich allmählich legte und es gelang, die Nähe der Hafeneinfahrt zu erreichen, wo dann glücklicherweise endlich ein Schleppdampfer angetroffen wurde, der das halbe Wrack ins Lau nahm. Das Fahrzeug stand von Melbourne ab unter dem Befehl des dortigen Kapitäns, Kapitän Vaar. Wie dieser über die Haltung der Besatzung denkt, kann man aus den Worten erkennen, mit denen er die Reporter empfangen hat. „Disziplin!“ hat er diesen Herren gesagt, „in meinem ganzen Leben habe ich keine bessere gesehen. Stellen Sie sich vor, in welcher Lage wir uns befanden, halb unter Wasser, und da wird diesen Leuten, alles jungen Burschen, der und der Befehl gegeben, und sie folgen ohne Zuden. Seit 1852 fahre ich auf See, und man mag über die Deutschen sagen, was man will, aber ich habe niemals Leute gesehen, die sich brillanter gehalten hätten, über diese hier.“ Auch das Verhalten des an Bord befindlichen Schmiedes, der durch seine entschlossene und geschickte Beteiligung der Wassertanker großes Unheil verhütete, wird von Kapitän Vaar als über alles Lob erhaben bezeichnet.

Jeder mit der Schiffahrt Vertraute weiß, daß solche Unfälle nur durch die schlechte Verfassung der Güter entstehen können. Diese geschieht aber in unangenehmer Weise, weil der Reeder Geld sparen will. Der Unfall ist eine Anklage gegen die Reeder und noch mehr gegen die Regierung, die solchen Treiben keine energische Bekämpfung zu teil werden läßt.

Von einem schweren Unwetter ist am Dienstagabend das Wuppertal heimgesucht worden. Stundlang hielt das Unwetter an und infolge der gewaltigen Wassermassen entstanden große Verkehrsstörungen. In den Bahnhöfen sind Mitternachtszüge und Namen waren die Bahnstrecken durch Geröll verschüttet, so daß die Züge nicht durchfahren konnten. Am den Verkehr aufrecht zu erhalten, mußten Sonderzüge abgefahren werden. Die Wupper führt Hochwasser; der Fischerhaldenbach, gleichfalls reichend angeschwollen, ergoß seine Fluten über die Eisenbahngleise. Zahlreiche Häuser sowie der Farmer Bahnhof wurden teilweise unter Wasser gesetzt. Oberhalb Solwinkel wurden Vater und Tochter auf freiem Felde vom Blitze getroffen und beide getötet.

Ueber eine größere Anschreibung wird aus Kreuznach berichtet: Seit dem 1. d. M. befindet sich ein Teil des Nachtwachdienstes in den Händen eines Nachtwachmeisters und dreier Nachtschulzeute, die von der Polizeiverwaltung ausgeschrieben sind...

Sochwasser. Wie aus Arafau gemeldet wird, ist die Kuhwaue abermals über ihre Ufer getreten und hat mehrere Straßen überschwemmt. Die Artilleriekompanie münzte schleunigst geräumt werden...

Gewerkschaftliches.

Für die ausgesperrten Arbeiter Danemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiräte ein: Buchdrucker Ullrich u. Co. 30, Tischlerei Rinte 280, Buchdrucker Ullrich u. Co. 2. Rate, 11,75...

10. Tischlerei E. Oberhardt, Michaelstraße 1 17,55. Tischlerei Unger, Königsbergerstr. 7, 9,50. Tischlerei Stern, Große Frankfurterstr. 86, 5,20...

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf Willberg, Annenstr. 16, I, entgegen. Geöffnet wochentags 9-1 Uhr vormittags und 6-8 Uhr abends.

Marktpreise von Berlin am 11. Juli 1899

Table with 4 columns: Item, Price, Item, Price. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc.

Ernteliste pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsscheine - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner.

Produktenmarkt vom 12. Juli. Am Getreidemarkt lagen wieder bedeutende Offerten für russischen Weizen vor, welche die Tendenz des Marktes ungünstig beeinflussten...

Berlins Getreide- und Mehlzukunft zu Wasser vom 11. Juli mittags bis 12. Juli mittags betragen 141 Tonnen Roggen, 213 Tonnen Hafer, 430 Tonnen Reis, 2750 Doppelcentner Weizenmehl...

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 12. Juli. Zum Verkauf kamen: 203 Rinder, 2003 Kühe, 1444 Schafe, 7909 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Schlachtgewicht: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten...

Witterungsübersicht vom 12. Juli 1899, morgens 8 Uhr. Table with columns for Station, Barometer, Wind, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. Juli 1899. Voraussichtlich heiter und sehr warm bei mäßiger südlicher Winden, nachher zunehmende Bewölkung...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten. R. Z. Uns unbekannt. G. 99. 'Lebendiger', Leipzig, Mittelstr. 6. Fragen Sie gefälligst dort an.

Metallarbeiter! Am Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Rödlner Hof', Rödlnerstraße 8: Große öffentliche Versammlung.

Lederarbeiter Berlins. Am Freitag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Crazs (Victoriaplatz), Badstr. 12: Große öffentliche Versammlung.

Todes-Anzeige. Gestern Mittag verstarb im 80. Jahre nach längerem Leiden unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater, Bruder und Onkel Heinrich Grimpe.

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Möbelverkauf, Oranienstraße 73, zwischen Rörigplatz und Alexanderplatz. In meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude...

Wahrscheinlich für Herrenschneiderei in guten englischen und deutschen Stoffen in allen Größen und deutschen Stoffen in allen Größen...

Vermischte Anzeigen. Fahrrad, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Verkauf direkt in Fabrik, auch Sonntag, einjährige Garantie...

Vermietungen. Schlafstellen. Freundliche Schlafstelle für Herrn sofort kleine Markstraße 12/13, I, graben.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugenerstraße 5.

Annahme-Stellen für 'Kleine Anzeigen'. Osten: Robert Dengels, Friedrichstr. 30, S. E. Boni Dwe, Rosenthalstr. 82.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 13. Juli.
Neues Opern-Theater (Stoll).
Die Fiebersänger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schlafwagen. Kontroleur. Vorher: Zum Eintrieder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetten. Der Troubadour. Anfang 7 Uhr.
Neues. Die Wahrsagerin. Hierauf: Abschiedsfeier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Lumpenpack. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fuhrmann Henkel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Kana. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Zauberin am Stein. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Wette-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollon. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Volksgarten-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Krania. Anvaldenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Stramarotte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Herwitz-Oper.
Do. u. Freitag, abds. 7 1/2 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Bötel:**
Der Troubadour.
Gr. Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Carmen.
Sa. u. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Volksstämmliche Opern-Vorstellung bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Bötel:**
Der Postillon von Lonjumeau.

Central-Theater

Direktion: José Ferraz.
Gesamt-Gastspiel des Hamburger
Ernst Drucker-Theaters
Anfang 8 Uhr.
Lumpenpack.
Gr. Hamburger Volksstück mit Gesang in sechs Bildern von W. Blaf und S. Rosenfeld. Musik von D. Groß. Morgen und folgende Tage:
Lumpenpack. Hamb. Volksstück.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Keine Preise. Parteit. 1.10.
Cyklus volkstümlicher Vorstellungen.
Die Zauberin am Stein.
Volks-Drama in 4 Akten v. Fr. Riffel. Anfang 8 Uhr.
Sorgungsbeihilfe haben Günstiger.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 53/54.
Direktion: **Richard Schultz.**
Phänomenales Juli-Programm.
Neue Debuts!
8 Champions. Das graziöse engl. Gesangs- und Tanzensemble
Charles Baron.
Der urkomische Dressour im Löwenkäfig, **Siegwart Gentes** als **Yvette Guilbert**, unvergleichliche Kopie.
Um 9 Uhr
der größte Saison-Erfolg
Berlin lacht!

Berlin lacht!

Berliner Revue.
Das grosse Presse-Ballett.
Des grossen Erfolges wegen prolongiert. **Die 6 Bonhairs.**
Sommergarten-Rauchen gestattet. Anfang: Sonn- und wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
„Grigolatis“.
Ferner:
*** Otto Reutter ***
und 9 neue Spezialitäten.
Anf. des Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unterd. Linden 63.

W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Mein Husar.
Viederpiel in 1 Akt von Steinert.
Neu: **Die Schmetterlinge** Neu:
oder: **Goldene Tage.**
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gerde.
Musik von Wappaus.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Wedding-Park

Hallerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Grosses Frei-Konzert.
ausgeführt von der uniformierten Musikkapelle unter Leitung des Musikdirektoren Herrn Koch. 1924
Im Saale: **Grosser Ball.**
7 veredelte Sommer-Begleithen, von denen noch einige zu vergeben sind. - Volkbelustigungen aller Art. - Kaffeeküche täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. - Von 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger.
W. Trapp.

Passage-Panopticum

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 1/2 Uhr ab:
Spezialitäten.
Neu!
Die Niesenbrüder.
Harold und Leon in ihrer Burlesk-Scene:
Die Rosenbraut.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgrösse.
Die russische „Mignon“
Damenkapelle in moskowitzischen Kostümen.
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. lab. Kosakenpferd.

Prater-Theater

Kohlenstr. 7/9.
Täglich: **Dornes Resi.** Volksstück mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz. Musik von A. Berlin. Köhlschreiber. Fräul. Lucie Sarow. Gebr. Milano, Graf. Duet. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Abous u. Campton, Redturner. Dr. Picardy, Hand- und Kopf-Gymnastik. Ballettgesellschaft Böring. Mr. Bartling, lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Victoria-Branerei

Singulstr. 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf. Vorreit. 40 Pf. Familienpreis 3 = 1 W.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen.

Garten resp. Saal
täglich:
Stettiner Sänger
(Weisel, Piciro, Britton, Diebl, Arone, Kirschmayer, Schneider und Schrader).
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Tageskasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15.
Kritische Leitung: Paul Wittib.
Täglich: **Grosses Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Ensembles.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Viebersänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Erna Barnola (Kölsch-Soubrette), Vendaro-Trio (Vollkomment), Fräulein Rosini (Equilibristin), Mr. Lozardi (Antipode).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntag 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Beküden: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Max Klem.

Schweizer-Garten

Am Königsbor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Robität. **Der Ober-Bonse von Klantschou.**
Ausstattungs-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Eider. - Musik von Max Schmidt.
Volkbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

Wedding-Park

Hallerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Grosses Frei-Konzert.
ausgeführt von der uniformierten Musikkapelle unter Leitung des Musikdirektoren Herrn Koch. 1924
Im Saale: **Grosser Ball.**
7 veredelte Sommer-Begleithen, von denen noch einige zu vergeben sind. - Volkbelustigungen aller Art. - Kaffeeküche täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. - Von 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger.
W. Trapp.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Müddersdorfer Strasse 71,
am Rühriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Sommer-Theater „Alter Dessauer“

Artilleriestr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schäftigster Garten Berlin.
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Pahlmanns Vaudeville-Theater

Inhaber: F. Pahlmann.
Schönbr. Allee 148. Kohlen-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Sommertheater Marienbad

Radstr. 35/36.
Regie: Willy Reusch. Direktion: Max Kesselburg.
Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's nicht und trennt. Reisen aus dem Süden.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“

Konzertgarten u. Prachtjäle
Sadstr. 16. Gesundbrunnen. Sadstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Grosser Ball** im neugebauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Schmödewitz.

Schönländs Gesellschaftshaus,
herrlich am Wasser gelegen, empfiehlt sich den werten Vereinen und Gesellschaften.
Rein Lokal ist noch einige Sonn- und Sonntage frei. 12945
L. Schönländt.

Achtung, Vereine!

Unterschiedlicher Vereine hält jetzt jeden Freitag, abends 9 Uhr, im Lokal „Engländer Hof“, Robitzstr. 3, seine Sitzungen ab.
Sitzungen werden jederzeit im Vereinslokal entgegengenommen.
Der Vorstand des **Tanzlehrer-Vereins „Solidarität“.**

Möbel auf Teilzahlung.

J. Kellermann,
Prinzstr. 97,
parterre, Eingang vom Hür. 1*

Feste Preise!

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin, Oranienstr. 168

empfeht [20072*]
Zur Sommer- u. Reise-Saison

- A. Anzüge.**
- Jackett-Anzug aus gezwirntem Waschstoff 6,- Mk.
 - Jackett-Anzug aus meliert. halbar. Waschstoff 8,-
 - Jackett-Anzug aus fest gezwirnt Sommerstoff 10,50
 - Jackett-Anzug aus sehr festem gemusterten Sommerstoff 15 und 18,50
 - Jackett-Anzug aus leichtem Wollstoff, schöne Muster 16,-
 - Jackett-Anzug aus Lodenstoff, elegant, dauerhafter Anzug 22,50
 - Jackett-Anzug aus leichtem Sommer-Kammgarn, eleganter reinwollener Anzug 27,-
 - Jackett-Anzug aus gezwirntem Stoff, praktische, melierte Muster 22,50
 - Jackett-Anzug aus leichtem blauen Cheviot 27,-
 - Jackett-Anzug aus feinem bayerischen Loden, elegant und sehr dauerhaft 30,-
 - Jackett-Anzug aus feinem gezwirntem Stoff 33,-
 - Jackett-Anzug aus feinem melierten Kammgarn, sehr elegant 36,-
 - Jackett-Anzug aus feinem melierten Cheviot, hochelegant 36,-
- usw. usw. usw.
- B. Joppen und Jacketts.**
- Joppe von grünmeliertem Stoff 1,25 Mk.
 - Joppe von braunmeliertem Stoff 1,50
 - Joppe von grün- oder braunmeliertem Stoff 1,75
 - Joppe in starker Qualität, grün oder braun 3,-
 - Joppe in sehr starker Qualität, grün oder braun 3,75
 - Jackett von schwarzem Lustrum mit Aermelfutter 2,75
 - Jackett von schwarzem Lustrum mit Futter 4,50
 - Jackett von hellgrau oder hellmode Lustrum 4,50
 - Jackett von meliertem Lustrum 5,50
 - Jackett von schwarzem Panama 5,50
 - Jackett von grau oder mode Panama 6,50
 - Jackett von elegantem Diagonal 6,-
 - Jackett von schwarzem Kaschmir mit Futter 7,50
 - Jackett von feinem schwarzem Lustrum mit Futter 7,50
 - Jackett von feinem schwarzem Cachemire mit Futter 9,50
 - Jackett von prima Cachemire 12,-
 - Joppe von Loden, grau oder mode 6,-
 - Joppe von Loden, etwas kräftiger 7,50
 - Joppe von feinem Loden 10,50
 - Joppe von bayerischem Loden, sehr elegant 15,-
- usw. usw. usw.
- C. Hosens.**
- Hose von Zwirnstoff 1,75 Mk.
 - Hose von Moleskin, waschecht 2,-
 - Hose von Zwirnstoff, sehr haltbar 2,75
 - Hose von Moleskin, in schönen Mustern 3,50
 - Hose von Sommerstoff 4,50
 - Hose von leichtem Buckskin 3,50
 - Hose von Zwirnsocken, sehr haltbar 5,-
 - Hose von gestreiftem Cheviot, schöne Muster 5,50
 - Hose von leichtem Velour, schmal gestreift 9,-
 - Hose von leichtem Cheviot, elegant und sehr dauerhaft 10,50
 - Hose in allen übrigen Qualitäten von 4,50-16,50
- D. Staubmäntel oder Havelocks.**
- Staubmantel in Dreil 4,50 Mk.
 - Staubmantel in Lustrum 8,-
 - Staubmantel in fein, gestr. u. meliert. Mustern 12,-
 - Havelock in Loden, imprägniert 9,-
 - Havelock in Diagonal-Loden, imprägniert 12,-
 - Havelock in Strich-Loden 15,-
 - Havelock in reinwollenen Loden 20,-
 - Havelock in fein, meliert. Loden 27,-, 25,- u. 22,50
 - Havelock in ff. Kameelhaar-Loden 36,-
- E. Knaben-Anzüge.**
- Joppen-Anzug für Knaben von 7 Jahren an 2,60 Mk.
 - Joppen-Anzug in Waschstoff 3,50
 - Joppen-Anzug in feinerem Waschstoff 8,50-5,50
 - Joppen-Anzug von Turntuch 4,50
 - Joppen-Anzug von vorschrittsmäss. Turntuch 8,50
 - Joppen-Anzug von ff. Wollturntuch 9,50

Wegen vorgerückter Saison

habe ich einen grosseren Posten guter Jackett-Anzüge in verschiedenen modernen Farben assortiert und für circa 20 Mark zum Verkauf gestellt. Dieselben sind sämtlich aus soliden und dauerhaften Stoffen hergestellt und kosten bisher bis zu 36 Mark.

Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung franco zu, doch nur von Qualitäten über 3 Mark.

Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und die tadellose Ausführung meiner Fabrikate.

Dauerhafte Stoffe!

Neu! Achtung! Achtung! Neu!
Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnisnahme, dass ich von jetzt ab goldklares Berliner Weissbier vom Faß ausquante. Um freundlichen Zuspruch bittet
Oskar Schultze, Große Frankfurter Strasse 5,
Ecke Fruchtstrasse.

Arbeiter-Berufsleidung

für jedes Gewerz passend.
Grösstes Lager. Beste Qualitäten.
Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt
F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Leiden Sie am Magen???

So trinken Sie **H. Fernitzsche Magentropfen** D. R.-P. 34519.
Original-Flasche M. 1.-; 1/2 Ltr. inkl. M. 1.60.
außerdem „Doktor Nero“, feinstes Tafel-Vincent, 1/2 Ltr. M. 1.60.
Ostind. Ingwer-Bogenweine, sehr magenschonend, 1/2 Ltr. M. 2.-.
Berlangen Sie in Geschäften resp. Lokalen ausdrücklich meine Spezialitäten; sollten Sie selbige nicht erhalten können, so sende Ihnen jedes Quantum frei ins Haus.
H. Fernitz, NW., Paulstrasse 5. Telefon: Amt II, 1758.

Soeben beginnt mit einem neuen Roman ein neues Abonnement auf

IN FREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10-PFENNIG UNTER DEN DOLOMITEN

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteurs und Spediteure, sowie durch die Post (Zeitungskatalog No. 3709) und den Verlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

In der am Montag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, Raumnr. 27, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung werden die Herren Delegierten hiermit ersucht eingeladen.
Tagesordnung:
1. Statutenänderung § 54. 94/8
2. Verschiedenes.
Berlin, den 13. Juli.
Der Vorstand: **G. Anzif, Vors.**

Ja Fahrräder

wirklich erstklassige Maschinen
von **85 Mk.** an
Damen cycles
von **90 Mk.** an
Baer Sohn
Chausseestr. 24 a.

Fahrräder,

verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Kaerns, Rangstr. 17, part., kein Laden. Eigene Reparatur-Teilfabr. Sämtl. Zubehör.
Billig! Ersatzteile. Billig!
Werkzeugschreiber in großer Auswahl.
O. Hoffmann, Beierstr. 14.

Mittagstisch

(Suppe, Gemüse, Salat, Kompott)
m. Bier 50 Pf. Köpenickerstr. 55a.

Fahrräder,

hochelegant, stabil, Garantie 1 Jahr, 125 Mark, in der Fabrik Craniensstr. 33, II. (21350*)

Kösliner Hof

Kölscher Bier
Gewichte meiner Saal Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten und Bierausstellungen. Bestellungen werden entgegengenommen täglich von 5-10 Uhr abends. (21492*)
C. Hoffmann
(Bel. des Englisch. Gartens).

Uhren u. Goldwaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren v. 10. 20. 25 M. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren v. 9. 12. 15 M. (18602*)
Regulator v. 9. 14. 20 M. etc.
G. Wagner
Skullstr. 126, nahe Kottb. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.
Kinderwagen-Bazar
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42.
Brunnenstr. 6.
Vorhänge, Kissen, Stoffe, in Kinder-Sport-Apparat, etc.
Fabrikat, billig.
Kaufmann, tätig gekannt.